MAI 2005

blz

ZEITSCHRIFT DER GEW BERLIN

59.(74.) JAHRGANG

TITEL
Kriegsende 1945

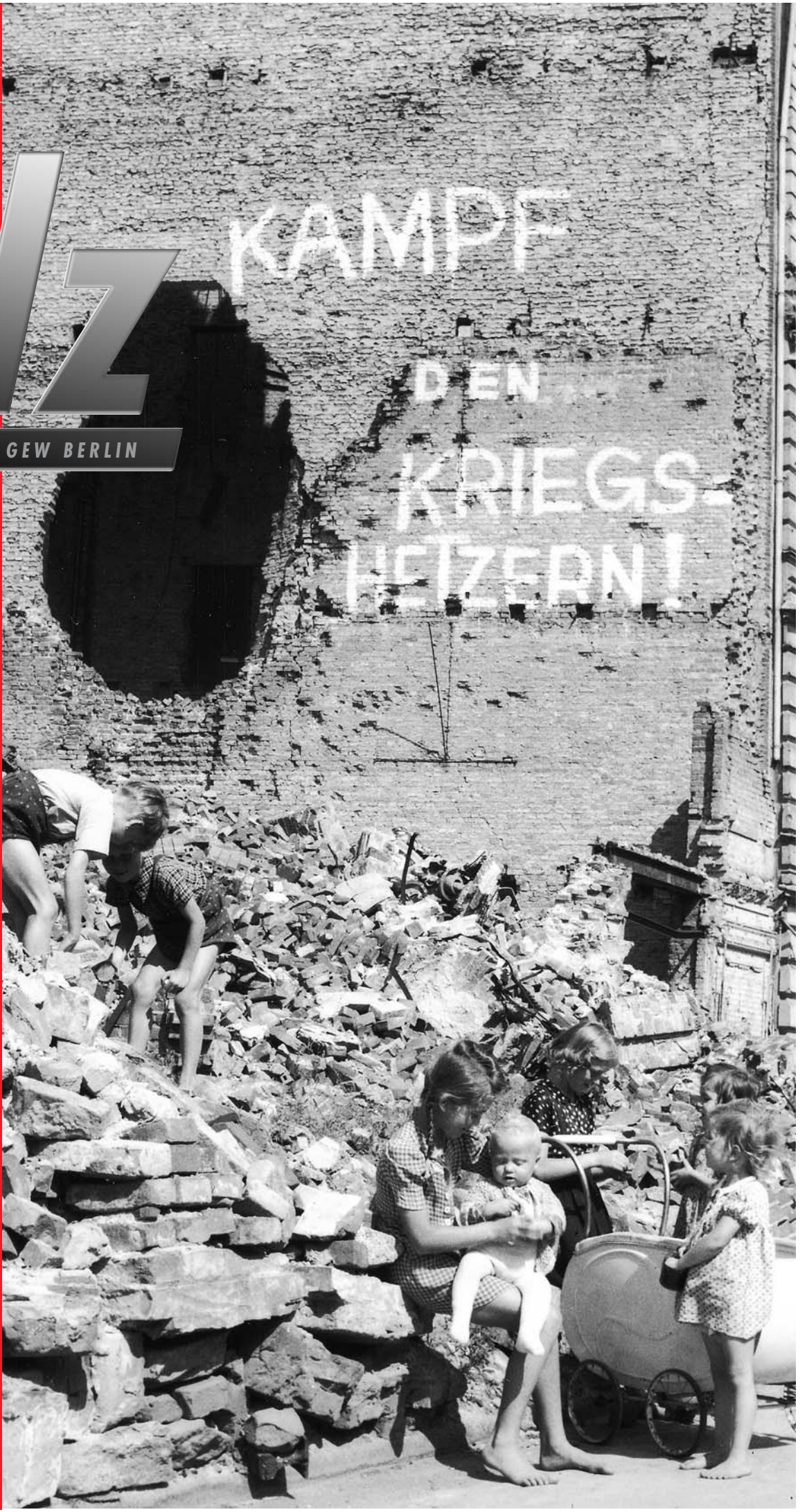
STANDPUNKT
Neue Perspektiven für die Schule

SCHWERPUNKT
Studieren macht schlank und sexy!

SCHULE
Wertevermittlung

LeiterInnen von Vorklassen sind sauer

AKTUELL
Interview mit Ulrich Thöne



AUFNAHME UM 1948 IN BERLIN
TITELFOTO: LANDESARCHIV BERLIN/
RIES, HENRY

ÜBRIGENS

Gewählt wurde auf dem Gewerkschaftstag der GEW am 24. April ein neuer Bundesvorsitzender: Die *blz*-Redaktion gratuliert Ulrich Thöne, der mit Zweidrittel der Stimmen im ersten Wahlgang gewählt wurde. Im Vorfeld gab es zuvor weitere Kandidaturen. Die blz wollte aber nur Sachverhalte berichten und nicht an der Gerüchtesuppe mitkochen: Der Landesvorstand Berlin hatte Thöne im Dezember einstimmig vorgeschlagen. Andere KandidatInnen standen nicht zur Wahl.

Ein gutes Zeugnis stellen die LeserInnen der *blz*-Redaktion aus. Auf Seite 25 fassen wir die Ergebnisse der repräsentativen Befragung zusammen: Die Zeitung ist noch besser geworden. 73 Prozent lesen die blz regelmäßig und 83 Prozent sind mit der blz zufrieden. Vielen Dank.

Wahlen gab es auch in den Bezirken, Abteilungen und Fachgruppen. Die blz gratuliert und hofft auf viele neue AutorInnen. Die KandidatInnen für den neu zu wählenden Geschäftsführenden Landesvorstand stellen sich in dieser blz ab Seite 26 vor. *pit*

IMPRESSUM

Die blz ist die Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 € (inkl. Versand).

Redaktion:
Pit Rulff (verantwortlich), Klaus Will (Koordination und Schlussredaktion), Beate Frilling, Bettina Liedtke, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Günter Langer, Andreas K. Schmidt
Redaktionsanschrift: Ahornstr. 5, 10787 Berlin,
Tel. 21 99 93-46, Fax. -49, e-mail: blz@gew-berlin.de

Anzeigen und Verlag:
GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion
Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 9 vom 1.7.2003

Satz, Layout und Konzept:
bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler
Prinzessinnenstr. 30, 10969 Berlin,
Tel. 61 39 36-0, Fax -18, e-mail: info@bleifrei-berlin.de

Druck:
Gallus Druckerei KG, Gutenbergstr. 6, 10587 Berlin

ISSN 0944-3207 5/2005: 22.000

INHALT

3-6 Leute | Standpunkt | Kurz und bündig | Post an die Redaktion |

AKTUELLES

7 Von Berlin nach Frankfurt — Interview mit Ulrich Thöne

TITEL

8 Erinnerungen Kriegsende 1945 — Redaktion
9 Löcher im Bunker — Manfred Klingele
9 Ein Ende mit Schrecken — Regina Mohr
11 Gemischte Gefühle — Liselotte Claußnitzer
11 Sehnsucht Frieden — Eleonore Kujawa
11 Endlich wieder Frieden — Gerda Albinus
12 Ausgebombt und evakuiert — Volkhard Zillmann
13 Schwieriges Gedenken — Klaus Will

SCHWERPUNKT

14 Studieren macht schlank und sexy — Andreas K. Schmidt
15 Wer, wie, was?... — Stephanie Krießmann
16 Nur ein paar Euro — Nele Hirsch
18 Schöne neue Bologna-Welt — B. Kietzmann/C. Wrobel

SCHULE

19 Unterrichtsfach Wertekunde — Wilfried Seiring
20 Viergliedriges Schulsystem verändern — Hans Eberwein
22 VorklassenleiterInnen im Nebel — Adelheid Melsheimer
24 Macht endlich euren Job — Gabriele Frydrych

GEWERKSCHAFT

25 Die blz ist besser geworden — Klaus Will
26 Vorstandswahlen — NN
30 Senioren in der GEW Pankow — Anneliese Slateff

SERVICE

31 Theater und Schule | Fortbildung | Materialien

LEUTE

Detlef Mücke ist mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens für sein Eintreten für die Gleichberechtigung und Achtung Homosexueller in Schule und Gesellschaft ausgezeichnet worden. Mücke hatte vor mehr als 25 Jahren die AG Homosexuelle Lehrer in der GEW BERLIN gegründet und leitet sie heute noch. Detlef Mücke ist Personalrat in Neukölln und Leiter der Rechtsschutzstelle der GEW BERLIN.

Elke Zwinge, Lehrerin und Mitglied der Friedens-AG der GEW BERLIN, wurde mitsamt ihrem Protestplakat gegen die EU-Verfassung schnell aus dem Bundestag entfernt. Jetzt hat sie in einem Offenen Brief an Bundestagspräsident Wolfgang Thierse ihre Aktion noch einmal begründet: Der EU-Verfassungsvertrag enthalte „Maximen wie Aufrüstung und offene Marktwirtschaft mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb". Das in der Präambel zitierte humanistische Erbe Europas verkomme so zum schmückenden Beiwerk, um die dahinter wirkende unternehmerische Gier zu verschleiern. „Einen Beamteneid würde ich auf diese Verfassung nicht ablegen wollen!", heißt es am Schluss ihres Briefes.

Safter Cinar ist mit der Bundesverdienstmedaille des Verdienstordens für sein Engagement bei der Integrationsarbeit ausgezeichnet worden. Cinar war u.a. von 1983 bis 1991 stellvertretender Vorsitzender der GEW BERLIN und leitet heute die Ausländerberatungsstelle des DGB. Cinar ist Vorsitzender des Türkischen Elternvereins und Sprecher des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg.

Barbara Kavemann hat den mit 2.500 Euro dotierten Berliner Frauenpreis 2005 der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen erhalten. Sie wurde für ihren jahrzehntelangen Einsatz gegen Gewalt an Frauen und Kindern ausgezeichnet. Als eine der ersten Wissenschaftlerinnen hat sich Prof. Dr. Kavemann mit der Aufdeckung und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs an Kindern befasst. Vor fast 30 Jahren war sie Mitbegründerin des ersten Berliner Frauenhauses. Die 1949 geborene Soziologin arbeitet derzeit als Honorarprofessorin an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen. Der Preis wird jährlich am 8. März, dem internationalen Frauentag, verliehen.

FOTO: SPD BERLIN

Neue Perspektiven für die Schule

Der Landesparteitag zur Bildungspolitik hat der Berliner SPD ein eigenständiges Profil gegeben.

von Monika Buttgereit, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Bildung und Mitglied im Vorstand der Berliner SPD

Aus Sicht der BildungspolitikerInnen war der Landesparteitag der Berliner SPD am 9. April ein großer Erfolg. Es ist gelungen, der Partei ein eigenständige Profil zu geben, das über tagespolitische und aktuelle finanzpolitische Fragestellungen hinausgeht. Anders als auf dem Bildungsparteitag 2001, gelang es diesmal, Perspektiven für eine veränderte Schulstruktur, für eine menschlichere und gerechtere Schule zu entwickeln.

Nach im Vorfeld sehr kontroverser Debatte setzte sich die Idee einer „Schule für alle" mit großer Mehrheit durch. Die Überwindung des gegliederten Schulsystems wurde als eine wichtige Voraussetzung zur Erreichung von mehr Chancengleichheit anerkannt.

Der Stellenwert von Bildung als einem öffentlichen Gut stand ebenfalls im Zentrum der Debatte. All denen, die meinen, man könne Bildung teilweise privatisieren, indem man z. B. Eltern noch stärker an den Kosten für die Ausbildung ihrer Kinder beteiligt, wurde eine klare Absage erteilt. Konsequenterweise fand auch die Forderung nach der Einführung von Studiengebühren keine Mehrheit. Darüber hinaus wurde die Weiterentwicklung der Kitas zu Bildungseinrichtungen und damit verbunden die Einführung der Gebührenfreiheit beschlossen. Begonnen werden soll mit der Gebührenfreiheit im letzten Jahr vor dem Schulbesuch.

Im Mittelpunkt der Diskussionen aber standen die Möglichkeiten der Unterstützung von Bildungseinrichtungen in sozialen Brennpunkten. Hier gab es eine große Einigkeit, dass sofort etwas geschehen muss. Zu den Sofortmaßnahmen sollen neben besonderen Sprachfördermaßnahmen und der Einrichtung von Schulstationen auch die gezielte Einstellung von jungen LehrerInnen gehören. Darüber hinaus sollen Grundschulen vorrangig in sozialen Brennpunkten zu Ganztagsschulen ausgebaut werden.

Im Vorfeld ebenso wie im Nachhinein besonders kontrovers diskutiert wurde die Einführung eines verbindlichen Werteunterrichts „Lebensgestaltung, Ethik, Religionskunde" in der Sekundarstufe I. Wichtig war dabei, dass es keine Abwahlmöglichkeiten geben wird.

Jugendliche sollen sich – unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit – *gemeinsam* mit Fragen der Lebensgestaltung und der Ethik auseinander setzen und Grundkenntnisse über die Weltreligionen erwerben. Die Stellung des Religionsunterrichts als freiwilliges Angebot wird dabei nicht verändert.

Als Fazit ist festzuhalten, dass die Berliner SPD mit diesen Beschlüssen sowohl ein Konzept zur kurzfristigen Unterstützung von Schulen in sozialen Brennpunkten als auch langfristige Perspektiven für ein verändertes Schulsystem, das den heutigen Anforderungen an das Bildungssystem besser gerecht werden kann, vorgelegt hat. Mit den Sofortmaßnahmen ebenso wie mit der Umstrukturierung des Schulsystems kann es gelingen, die vorhandene Ungerechtigkeit unseres Bildungssystems zu überwinden. Die soziale und ethnische Herkunft darf nicht länger über Schulerfolg oder -misserfolg entscheiden. Wir können es uns nicht länger leisten, rund 20 Prozent der Jugendlichen eines jeden Jahrgangs ohne Schulabschluss und damit ohne Chance auf einen Ausbildungsplatz aus unserem Bildungssystem zu entlassen.

Nun gilt es, die Beschlüsse umzusetzen: Die Fraktion der SPD muss Möglichkeiten zur Umsetzung der Sofortmaßnahmen finden und in die Haushaltsberatungen einbringen. Die Bildungspolitikerinnen und -politiker müssen ihre Vorstellungen von einer „Schule für alle" konkretisieren und dann mit gesellschaftlichen Gruppen wie Gewerkschaften, Eltern, LehrerInnen, Wirtschaft in einen werbenden Dialog eintreten.

Roter Teppich für die Delegierten: Protestaktion „Tretet die Bildung nicht länger mit Füßen" der GEW BERLIN beim Landesparteitag der Berliner SPD am 9. April 2005. FOTO: TRANSIT/POLENTZ

Deutlich mehr Frauen im öffentlichen Dienst

Mehr als die Hälfte der 4,8 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind Frauen. 1960 lag ihr Anteil noch bei 27 Prozent, 2003 schon bei 52 Prozent. Am höchsten ist ihr Anteil in Kindergärten (97 Prozent), Krankenhäusern (73 Prozent) und Schulen (66 Prozent). Allerdings haben vier von zehn Frauen keine volle Stelle; 87 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Die Zahlen teilte das Statistische Bundesamt aus Anlass des Frauentages am 8. März mit.

Studie zur „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft"

Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" (INSM) wirbt mit groß angelegten Kampagnen für den neoliberalen Kurs der Wirtschaft. Zwar gibt sich das INSM den Anstrich einer sozialen Bewegung, finanziert wird sie jedoch von den Arbeitgeberverbänden. Mit Sprüchen wie „Chancen für alle" und „Uns steht das Wasser bis zum Hals – jetzt müssen endlich Reformen her" versuchen sie recht erfolgreich eine „Massage des öffentlichen Bewusstseins" mit dem Ziel Sozialabbau und Ausschaltung der Gewerkschaften. Immerhin 10 Millionen Euro pro Jahr erhalten sie von den Arbeitgeberverbänden für ihre Kampagnen, die in enger Zusammenarbeit mit der Werbeagentur Scholz & Friends entwickelt werden. Rudolf Speth hat im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung diese Initiative näher untersucht. Die Studie vom September 2004 ist zu finden unter http://www.boeckler.de/pdf/fof_insm_studie_09_2004.pdf

Hartz IV vernichtet reguläre Arbeitsplätze

Während in Berlin und Brandenburg zusammen rund 20.000 sogenannte Ein-Euro-Jobs entstanden sind, reduzierte sich in der gleichen Zeit bis Ende März die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Stellen um 7.000 in Berlin und um 14.000 in Brandenburg. Der Verdacht erhärte sich, dass die Ein-Euro-Jobs klassische Arbeitsverhältnisse verdrängen, kritisierte Dieter Scholz, Vorsitzender des DGB Berlin-Brandenburg.

EU-Verfassung ist umstritten

Die TeilnehmerInnen der Europa-Konferenz „EU global – fatal?!" am 5. März 2005 rufen in ihrer „Stuttgarter Erklärung" auf zum „breiten sozialen und politischen Widerstand gegen diese EU-Verfassung". Gefordert wird die Aussetzung der Ratifizierung durch Bundestag und Bundesrat und die Vorbereitung und Durchführung eines Referendums zum Verfassungsvertrag. Kritisiert wird, dass mit der EU-Verfassung der Sozialstaat abgebaut und die „grundgesetzliche Beschränkung des Militärs auf Landesverteidigung" ausgehebelt werde „zugunsten einer militärisch-expansiven Interventionsfähigkeit zur weltweiten Sicherung der EU-Wirtschaftsinteressen". Die EU-Konferenz wurde von Attac initiiert. In Frankreich wird am 29. Mai über die EU-Verfassung abgestimmt.

Finnland ist anders

Als erste Botschaft in Berlin hat Finnland eine interaktive Internetseite für Kinder und ihre Lehrkräfte eingerichtet mit Informationen über „Schule und Arbeit", „Die Rolle der Natur" und „Finnland in der Welt". Begleitet vom bekannten Mumintroll kann man nach erfolgreicher Beantwortung von Quiz-Fragen auch ein Mumin-Video gewinnen. PISA-Sieger Finnland reagiert mit diesem Angebot auf das enorm gestiegene Interesse an dem kleinen Land mit den 190.000 Seen. Einfach mal anklicken: www.finnland-kids.de

Islamunterricht mit Deutschmängeln

Lediglich 17 von 37 Islamlehrern haben einwandfreie Deutschkenntnisse. Dies stellten Beamte der Bildungsverwaltung bei ihren unangemeldeten Unterrichtsbesuchen im ersten Schulhalbjahr 2004/05 fest. Eine leichte Verbesserung zum Vorjahr, denn dort fielen 19 von 23 Lehrkräfte durch mangelhaftes Beherrschen der deutschen Sprache auf. Zur Zeit gibt es den Islamunterricht an 37 Berliner Grundschulen, unterrichtet werden 4.023 SchülerInnen.

Mitbestimmung bei Ein-Euro-Jobs

Der Personalrat der Lehrer und Erzieher in Neukölln will sein Mitbestimmungsrecht bei der Einstellung sogenannter „Ein-Euro-Jobber" einklagen. In Neukölln gibt es im Bereich Bildung, Jugend und Sport inzwischen 914 Ein-Euro-Jobs bzw. „Arbeitsgelegenheiten mit MAE" (Mehraufwandsentschädigung). Bis zum Jahresende soll sich die Zahl dieser Plätze noch verdoppeln. Das in Paragraf 87 Personalvertretungsgesetz geregelte Mitbestimmungsrecht des Personalrates bei Einstellungen wird jedoch für diesen Personenkreis bestritten. Lediglich den Einrichtungen wird ein Einspruchsrecht zugestanden, wenn sie Zweifel an der persönlichen oder fachlichen Eignung der Bewerber haben. Der Personalrat Neukölln will die Einschränkung seiner Rechte nun gerichtlich klären lassen.

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Kürzungen vor. Beiträge möglichst auf Diskette oder per e-mail einsenden. Die in der blz veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

Hauptschule mit Zukunft
(Ergänzung zum Artikel von Brigitte Berners in der Februar-blz)

Jähes Entsetzen: Finden wir in der GEW neuerdings, dass die Hauptschule ein Zukunftsmodell ist? Hätten unsere SchülerInnnen und die Hauptschule nicht doch eine sichere Berufsperspektive, wenn wir noch ideenreicher, noch aufwändiger arbeiteten, uns nach außen öffneten und so weiter? Schlimm, schlimm, sollte das jetzt GEW- Standpunkt sein? Das Schlimmste aber ist: Ich habe diesen Artikel mitverfasst! Tatsächlich!

Also, was ist passiert? Es fehlte in der blz-Nr. 2/05 ein Artikel, der diesem vorangestellt werden sollte. In diesem beschreibe ich die soziale Lage der HauptschülerInnen, Arbeitslosigkeit der Eltern und Ausbildungsplatzmangel als Hauptursache ihrer Desintegration. Ich wende mich gegen das dreigliedrige Schulsystem. Das alles fehlt. Ohne dieses Fundament jedoch rutscht der Artikel in eine Schieflage und entspricht nicht meinem Gewerkschaftsverständnis.

Der fehlende Artikel übrigens wurde nicht unterschlagen, er soll in der Juniblz erscheinen im Zusammenhang mit dem Thema Schulprogrammentwicklung. Kann nur hoffen, dass er da passt.

Brigitte Berners

„Oh wie schön ist Kanada"
(Zum Bericht von Sybille Volkholz in der Februar-blz)

Ich war einer von 19 Auserwählten, die an einem dreimonatigen Schüleraustausch nach Ontario, organisiert vom Landesschulamt (wurde jedes Jahr angeboten), teilgenommen haben und ich kann Frau Volkholz nur zustimmen, meine kanadische Schule hat mich begeistert. Meinen Mitreisenden, die an anderen Schulen waren, ging es genauso.

Die Schule hat in Kanada einen hohen gesellschaftlichen Stellenwert. Das Schulklima ist wichtig, es wird sich intensiv gekümmert, es drohen aber auch harte Strafen bei Nichtbeachtung von Regeln. Man rutscht nicht so schnell durch und bleibt immer im Blickwinkel. Das Selbstverständnis und die Leistungsbereitschaft der SchülerInnen sind sicher im

HIER GEBLIEBEN!

Eine Kampagne zum Bleiberecht mit Unterstützung der GEW BERLIN

Seit dem Inkrafttreten des neuen Zuwanderungsgesetzes am 1. Januar diesen Jahres ist die Situation der in Deutschland lebenden 200 000 „geduldeten" Flüchtlinge unklarer als je zuvor. Kinder und Jugendliche, die hier geboren sind oder den größten Teil ihres Lebens in Deutschland verbracht haben, trifft dies mit besonderer Härte. Sie verlieren ihre FreundInnen und sprechen oftmals nicht einmal die Sprache des Landes, in das sie abgeschoben werden. Aus diesem Grund haben der Flüchtlingsrat Berlin, die GEW BERLIN und das GRIPS Theater am 5. April gemeinsam das Aktionsprogramm „HIER GEBLIEBEN! Für das Bleiberecht von Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien" gestartet. Es unterstützt die vor über zwei Jahren von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis gestartete Bleiberechtskampagne für asylsuchende und geduldete Flüchtlinge, die seit langem hier leben.

Materialien für Unterrichtsstunden

Ein Baustein sind Materialien für Unterrichtsstunden. Allen Schulklassen ab dem vierten Jahrgang wird die Möglichkeit geboten, sich mit dem Thema „Bleiberecht" und den „UNO-Kinderrechten" im Unterricht kritisch auseinander zu setzen. Die Kinder und Jugendlichen werden über ihre Möglichkeiten der politischen Partizipation informiert und zur demokratischen Einflussnahme ermutigt. Die Klasse 8.3 der Fritz-Karsen-Oberschule, die für die Verhinderung der Abschiebung ihrer Mitschülerin Tanja Ristiç den Mete-Ekşi-Preis bekam, gibt – wie viele andere engagierte Klassen aus Berlin – dafür ein beeindruckendes Beispiel.

Eine weitere Handlungsmöglichkeit besteht darin, sich mit der Gestaltung einer „Ansichts-Karte" zu beteiligen. Diese Postkarten werden im Juni der Innenministerkonferenz präsentiert. Wir hoffen, dass sich viele Klassen beteiligen und damit ein Zeichen setzen: Die Innenministerkonferenz möge ein umfangreiches Bleiberecht beschließen und sich für die vollständige Umsetzung der UNO-Kinderrechte auch in Deutschland einsetzen! Denn unsere FreundInnen sollen bleiben!

Mobiles Theater

Am 2. Mai war Premiere der mobilen Produktion HIER GEBLIEBEN. Das Stück zeichnet den authentischen Fall von Tania Ristic nach und kann ab Mai für Aufführungen in die Schulen eingeladen werden. Informationen und Unterrichtsmaterial im Internet unter www.hier.geblieben.net oder auf Papier beim Grips Theater, Altonaer Str. 22, 10557 Berlin, Fax: 030-39 74 74 28, Te.: 030-39 74 25 01, Mail: info@hier.geblieben.net

Das gesamte Projekt muss sich finanziell selbst tragen. Ohne Spenden ist es ernsthaft gefährdet. Spenden Sie unter dem Stichwort „Bleiberecht": Bank für Sozialwirtschaft, Bankleitzahl: 100 205 00, Konto 311 68 03, Flüchtlingsrat Berlin.

ANZEIGE

Schnitt höher als hier, wohl auch, weil der Druck wesentlich geringer ist und das negative Ausleseverfahren nicht im Vordergrund steht.

Die Lehrer waren freundlich und sehr hilfsbereit, sie waren überwiegend sehr jung und engagiert. Die Gebäude waren groß, hell und sauber. Es gab Sporträume und Computerräume, eine sehr gut ausgestattete Bibliothek und eine Mensa mit genießbarem Essen. Dazu kam, dass in allen Räumen Fachpersonal arbeitete; also keine Lehrer, sondern technische Angestellte, Bibliothekarinnen, Küchen- und Servicepersonal, Putzfrauen, Gärtner usw. Besonders begeisterte mich, dass ich uneingeschränkt Zugang zu den neuen Computern und zum Internet hatte, die kostenlose Benutzung der Bibliothek selbstverständlich war und dass alle Sportkurse und -veranstaltungen ebenfalls beitragsfrei waren. Der Schulbus im Übrigen auch. Bemerkenswert fand ich auch, dass unsere Mathelehrerin uns einen Klassensatz von Hightech-Graphiktaschenrechnern zur Verfügung stellte, sowie alle benötigten Lehrbücher.

Der Unterricht verlief nicht viel anders als an meiner Schule, Frontal- und Gruppenunterricht wechselten sich ab. Der Unterrichtstag sowie das ganze Semester war allerdings wesentlich beschaulicher: JedeR SchülerIn wählt pro Semester nur vier oder fünf Kurse, die er/sie dann fünfmal die Woche hintereinander jeweils 70-minütig besucht, oft in leistungsdifferenzierten, kleinen Gruppen. Der Schwerpunkt liegt auf der Muttersprache und Mathe, der dritte Kurs ist oft Geschichte oder Naturwissenschaft, der vierte meist Sport. Eine Fremdsprache wird gern gesehen, eine zweite ist zum Erwerb der Studienberechtigung (mit 16/17) nicht erforderlich. In der Muttersprache und in Mathe haben die Schüler im Laufe ihres Schullebens also dort fast doppelt so viel Unterricht wie wir hier (Pisa). Mein kanadischer Austauschschüler war hier in Berlin etwas irritiert aufgrund der zwölf verschiedenen Fächer, die er im Laufe einer Woche absolvieren sollte.

Kurz gesagt war es ein aufregendes Erlebnis und sehr interessant, allerdings ist selbst mir als Schüler aufgefallen, dass dort wesentlich mehr Geld für Schule und Erziehung aufgebracht wird als hier. In diesem Punkt kann ich Frau Volkholz also überhaupt nicht zustimmen.

In Anbetracht der Reise und der Vorträge von Frau Volkholz möchte ich darauf hinweisen, dass es mittlerweile sehr viele SchülerInnen in Berlin gibt, die Schulen im Ausland über längere Zeit besucht und dort Erfahrungen gesammelt haben und sicherlich viele Anregungen geben könnten, wenn sie mal gefragt werden würden.

P.S.: Im Jahr 2004 war ich sechs Monate in Neuseeland zum Schüleraustausch. *Jannes Grusdat*

Wer rechnet richtig?
(Replik auf Peter Sellin, Bündnis 90/ Die Grünen, in der blz März/April)

Sellin antwortet in seinem Beitrag auf die Aussage von Harald Schumann, die rot/grüne Regierung betreibe eine Umverteilungspolitik von unten nach oben; vieles, so Sellin, sei viel komplizierter und er kommt zu dem Zwischenergebnis, dass „die Verschiebung des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeit und Kapital auf die Bundesrepublik Deutschland bezogen nicht so gravierend“ sei, wie Schuhmann dies behaupte.

Überhaupt seien Familien nachhaltig und auf Dauer durch die rot/grüne Steuerpolitik entlastet worden und Sellin rechnet akribisch auf Heller und Eurocent aus, was die Familie mit zwei Kindern mehr im Geldbeutel haben sollte als 1998 vor Antritt von Rot/Grün. Gleichzeitig muss er zugestehen, dass durch wachsende indirekte Steuern und Abgaben sowie Gebühren der Kommunen diese Steuergeschenke wieder aufgewogen werden. Dass ist das, was man unter einem Stillstand der Realeinkommen versteht und das gleiche hat Schumann behauptet, wenn er von einer Umverteilung spricht: Die Realeinkommen der arbeitenden Bevölkerung stagnieren seit Beginn der 90er Jahre, die Gewinneinkommen steigen von Jahr zu Jahr, die Gehälter der Vorstände steigen im übrigen gerade zu Regierungszeiten von Rot/Grün besonders schamlos; die Selbstbedienungsmentalität hat in den letzten Jahren auf dieser Seite extreme Ausmaße erreicht; man denke nur an den letzten Skandal der Gehaltserhöhungen bei den Vorständen der Krankenkassen, die sich um bis zu 25-prozentige Zuschläge zu ihren Gehältern genehmigt haben.

Sellin begründet, warum gerade die Körperschaftssteuer, also die Besteuerung der großen Unternehmen in Deutschland, zurückgegangen ist und vertröstet uns auf die Zukunft, man habe reagiert und es würde alles besser: „Unternehmen können sich nicht mehr mit ‚alten‘ Verlusten total ‚arm rechnen‘.“; aber halt: Deutschland befindet sich gerade hinsichtlich der Unternehmensbesteuerung in einem internationalen Steuerwettbewerb, da gibt Zypern mit einer effektiven Durchschnittsteuerbelastung von 14,52 Prozent gegenüber Deutschland von 37,17 Prozent klar den Ton an. Ähnliche Vorschläge folgen. Rot/Grün ist nicht viel eingefallen; die Privatisierung staatlichen Eigentums wird fortgesetzt und damit der politische Zugriff auf Arbeitsplätze und Einfluss auf den Wirtschaftsprozess aufgegeben. Sellins einziger Vorschlag, der etwas konkreter wird, wie denn aus der Misere zu kommen sei, ist der: „Bildungsinvestitionen müssen verstärkt werden...“.

Wer soll Sellins Konzept finanzieren? Wer gleichzeitig die Unternehmensbesteuerung senken will und nach staatlichen Investitionen für den Bildungsbereich ruft, kann nur meinen, Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner finanzieren diese Milliarden für den Bildungsbereich. Also doch Umverteilung, oder aber es findet ein weiterer Anstieg der Staatsverschuldung statt, wogegen gerade die Grünen gravierende Bedenken vorbringen.

Trotz rot-grüner Steuergeschenke sind es nun aber genau die Konzerne, die weiterhin trotz Milliardengewinnen zu Tausenden Arbeitsplätze in Deutschland abbauen. Sellin kann nicht nachweisen, dass die bisherigen Vergünstigungen für Unternehmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen geführt haben. Welche Alternativen hat Sellin vorzuschlagen gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit in Deutschland oder den Anstieg der wöchentlichen und jährlichen Arbeitszeit der Beschäftigten in der Bundesrepublik?

Der von allen Seiten konstatierten Schwäche der Binnennachfrage ausgerechnet mit Steuersenkungen für Kapitalgesellschaften begegnen zu wollen bestätigt ganz nebenbei die Aussage von Harald Schuhmann (s.o.), der Rot/Grün Umverteilung von unten nach oben vorwirft; Sellin selbst bietet den besten Beweis mit seinen Vorschlägen.

Gerd Kerber

LETZTE INFORMATION

Ulrich Thöne ist auf dem Gewerkschaftstag in Erfurt mit 64,3 Prozent der Stimmen gewählt worden. Wir gratulieren! Die blz-Erscheinungstermine richten sich leider nicht immer nach dem Zeitplan von wichtigen Ereignissen. Der Redaktionsschluss Ende Januar für das März/April-Heft war zu früh für das Interview über Ulrichs Kandidatur, diese Mai-Ausgabe kommt wegen des Doppelheftes zuvor dagegen etwas spät. So ist es manchmal.

Von Berlin nach Frankfurt

Ulrich Thöne kandidiert für den Vorsitz der Bundes-GEW.

FOTO: TRANSIT/C.V.POLENTZ

Für die blz fragte Klaus Will

Ulrich, du stellst dich auf dem Gewerkschaftstag am 23. April zur Wahl für die Funktion des ersten Vorsitzenden der Bundes-GEW. Wie kam es zu deiner Kandidatur?

Dass Eva-Maria nach acht Jahren nicht mehr für den Vorsitz kandidieren will, kam für uns alle überraschend. Wir waren davon ausgegangen, dass sie zumindest noch für eine weitere Wahlperiode kandidiert. Jetzt mussten wir plötzlich und in relativ kurzer Zeit nach neuen KandidatInnen Ausschau halten. In diesem Prozess der Suche bin ich von einer Reihe von Landesverbänden angesprochen worden, ob ich nicht kandidieren will. Ich war dazu bereit, weil ich es für dringend halte, dass sich die GEW den veränderten politischen Bedingungen stellt und sich weiterentwickelt, um diesen Bedingungen gerecht werden zu können.

Bislang gibt es keine GegenkandidatIn. Aber im Vorfeld wurde z.B. Rainer Dahlem genannt, Landesvorsitzender in Baden-Württemberg, und auch Erhard Laube war im Gespräch. Waren das nur unterschiedliche Personalvorschläge oder stehen unterschiedliche politische Konzepte dahinter?

Ich bin sicher, dass es unterschiedliche politische Konzepte gibt. Und ich hätte mir gewünscht, wir hätten diese unterschiedlichen Konzepte im Rahmen eines Wahlkampfes ausdiskutiert. Meine Position war von Anfang an, dass wir den Vorteil, den die Gewerkschaft hat, nämlich die Meinungsvielfalt, auch nutzen: Wir sind in einer Krise und suchen einen Weg, da wieder heraus zu kommen. Keiner kann von sich behaupten, er oder sie hätte das Patentrezept. Den Ausweg müssen wir gemeinsam im Widerstreit der Meinungen finden. Leider ist es anders gekommen.

Was siehst du als wichtigste Aufgabe des neuen Vorstandes der Bundes-GEW?

Die Gesellschaft hat sich weiter entwickelt und verändert. Auf den Abbau des Sozialstaates werden wir geschlossener und deutlicher reagieren müssen. Das betrifft die ganze Palette, angefangen von der ständigen offenen und versteckten Arbeitszeitverlängerung bis hin zur „Mutter aller Reformen" (Clement), nämlich Hartz IV. Auch Europa ist vorangeschritten. Wir brauchen mehr Verzahnung auf europäischer Ebene statt bildungspolitischer Kleinstaaterei. Und das Dritte betrifft die Organisationsentwicklung. Hier brauchen wir mehr Transparenz, hier müssen wir mehr darauf achten, die KollegInnen zu Akteuren der gewollten Änderungen zu machen. Es reicht nicht, einen schönen Plan zu haben. Das Entscheidende ist eine breite Zustimmung zu Diagnose und Therapie. Dazu brauchen wir Offenheit und Transparenz statt Furcht vor einer „strukturkonservativen Funktionärsschicht".

Es gibt in Berlin Stimmen, die deine Kandidatur kritisieren mit dem Hinweis auf dein Wirken als Landesvorsitzender. Das Tarifergebnis wird dir dabei angelastet und das gescheiterte Volksbegehren gegen den rot-roten Senat.

Man kann es nicht allen recht machen. Und wenn man nach allen Seiten hin offen wäre, wäre man wohl nicht ganz normal. Wir haben ja im Landesvorstand die Diskussion immer wieder darüber geführt, allerdings nicht in dieser Diktion. Wir haben uns bis zuletzt bemüht und mit allen Kräften, dem Senat entgegen zu treten. Aber die Verhältnisse sind nun mal so, dass wir einen schweren Stand haben. Was ich aber als Erfolg des Landesverbands ansehe, ist, dass trotz der schwierigen Rahmenbedingungen die Organisation in ihrer Mehrheit zusammen geblieben ist und auch fähig ist, einen Neuanfang zu machen. Das sieht man jetzt gerade an der Kampagne für mehr Neueinstellungen.

Wie beurteilst du selbst dein sechsjähriges Wirken als Landesvorsitzender?

Nach den erfolgreichen Aktionen 2000 und 2001, wo wir mit breiten Bündnissen und großen Aktionen in der Vorderhand waren, hat der Senat dann nach dem Einbruch der Finanzen auf Bundesebene den Gewerkschaften den Fehdehandschuh hingeworfen. Wir haben weder beim Tarifvertrag 2003 noch bei den anderen Maßnahmen eine erfolgreiche Gegenwehr hinbekommen. Zwar ist der Senat nicht stärker geworden in der Bevölkerung, aber wir haben uns eben auch nicht durchsetzen können.

Wir werden neu anfangen müssen mit der Gegenwehr, und dazu sind wir auch durchaus fähig. Mein Nachfolger oder meine Nachfolgerin wird hier anknüpfen können. Mit der Ablehnung des verhängnisvollen Kurses des Senats stehen wir ja längst nicht mehr allein da. So hat der Landesparteitag der Berliner SPD jetzt eine Korrektur in der Bildungspolitik verlangt, das sind neue Anknüpfungspunkte, neue Bündnispartner, das müssen wir nützen. Und: Auch der neoliberale Kurs ist längst in die Krise geraten. Mehr Menschen sind gegen diesen Kurs, als das vorher der Fall gewesen ist. Ich bin sicher, dass wir unsere Position für eine sozialere Gesellschaft und mit besseren Bedingungen für Bildung durchsetzen können.

Ulrich, wenn diese blz erscheint, wissen wir, ob für dich alles erfolgreich ausgegangen ist. Was ist, wenn du nicht gewählt wirst?

Zunächst konzentriere ich mich voll auf meine Kandidatur. Deswegen habe ich in Berlin deutlich gemacht, dass der neue Vorstand der GEW BERLIN ohne mich gebildet werden muss. Was ich im Falle eines Misserfolgs bei der Wahl zum Bundesvorsitzenden mache, entscheide ich, wenn es soweit ist. Das hängt auch davon ab, wie es auf dem Gewerkschaftstag gelaufen ist und wie es inzwischen in Berlin aussieht. Das entscheide ich auch nicht allein.

Ruinen in der Klosterstraße in Mitte, Blick von der Parochialkirche, 1945. FOTO: LANDESARCHIV BERLIN

Erinnerungen Kriegsende 1945

Die blz macht das Kriegsende zum Titelthema, weil wir als PädagogInnen in der Verantwortung stehen, diesen Teil der deutschen Geschichte an die folgenden Generationen weiterzugeben.
Nachdem die Zeitzeugen in nicht allzu ferner Zukunft verstorben sein werden, müssen wir für die Geschichtsvermittlung neue Wege suchen.
Der erste Artikel setzt sich kritisch mit dem Film „Der Untergang“ auseinander, der als gutes Aufklärungsmaterial von einigen Politikern gehandelt wird. Die folgenden Artikel beschreiben aus der subjektiven Perspektive der Kinder dieser Zeit ihre Erfahrungen und Erlebnisse. Für uns spannend ist dabei die Rolle der Schule in den Augen der Kinder in Krisenzeiten. Der Beitrag von Klaus Will stellt den Umgang der Bundesrepublik Deutschland mit dem Gedenken an das Kriegsende dar.

Löcher im Bunker

Behebt der Film „Der Untergang“ Wissenslücken der SchülerInnen zur NS-Epoche?

von Manfred Klingele (Hamburg)

Die Idee des Filmes „Der Untergang“ (Deutschland 2004, Regisseur Oliver Hirschbiegel, Produzent Bernd Eichinger) war wohl, einen Kontrast herzustellen zwischen dem Geschehen im Führerbunker einerseits und dem Kampf um Berlin andererseits. Er will vermutlich den Realitätsverlust und die Absurdität im Kreis um Adolf Hitler zeigen: drinnen wird noch getafelt, während draußen die Menschen sterben und der Endkampf tobt.

Gewissermaßen ist diese Idee auch realisiert worden. Man kann während des Zuschauens erkennen, dass dies der Fall ist. Diese Erkenntnis hat man spätestens nach zehn Minuten und dann geht der Film aber noch zwei Stunden weiter und wird fatal. Je länger der Film dauert, desto mehr wird man in das Geschehen im Bunker hineingezogen, man entwickelt Sympathien und Abneigungen, leidet mit, wird traurig, wenn wieder mal einer sich umbringt, und bewundert das Heldentum einiger Figuren. Einige Obernazis und Hauptkriegsverbrecher werden also zu sympathischen Menschen und Helden!

Szene aus dem Film „Der Untergang“ mit Bruno Ganz. FOTO: CONSTANTIN FILM

Blick – naiv und blind

Wie kommt es dazu? Da ist zum einen die Gewichtsverteilung. Mindestens zwei Drittel des Filmgeschehens spielt im Führerbunker. Dadurch wird das äußere Geschehen, das ja die Distanzierung und Relativierung leisten soll, zur Kulisse, zum Hintergrund, vor dem sich das eigentliche Drama abspielt. Ähnlich einem Film, der den Inhalt trägt: „Ergreifende Liebesgeschichte vor dem Hintergrund des Bürgerkriegs. “ Der Bürgerkrieg trägt dann zum Kolorit und zur Spannung bei, im Vordergrund steht aber das Drama um die beiden Liebenden. Natürlich gibt es hier keine Liebesgeschichte, aber die Struktur ist die gleiche.

Zum anderen wählt der Film die Perspektive der Sekretärin Hitlers. Er fängt an mit ihrer Auswahl und zeigt sie als naives Provinzdummerchen, das sich vor Freude in die Hose macht, bei Adolf Hitler persönlich arbeiten zu dürfen. Dann Sprung zum 20. April 1945 und die Sekretärin ist immer noch Provinzdummerchen, genauso naiv und abgrundtief blind wie zuvor, und der Film zeigt nun, wie sie das Geschehen mitbekommt. Der Film stellt sich also auf einen absolut unschuldigen Standpunkt und zeigt, wie die Menschen sich eben so verhalten. Und damit kann sich nun ein Drama entfalten.

EIN ENDE MIT SCHRECKEN

Tiefflieger und Panzeralarm bleiben ins Gedächtnis eingeprägt. Ich war 13 Jahre alt, als ich das Kriegsende in der Kleinstadt Zeitz (Bezirk Halle) erlebte.

29. März: Die Schulen wurden geschlossen.
9. April: Ein schöner Frühlingstag, der uns zum Spielen auf die Straße lockt. Plötzlich sausen Geschosse über das Pflaster: Tiefflieger! Wir kommen aber noch mit dem Schrecken davon und können uns in einen Hausflur retten.
10. April: Tiefflieger beschießen den Güterbahnhof, die Panzer der Amerikaner kommen immer näher.
12. April: Panzeralarm! Mit unserem Gepäck ziehen wir zu unseren Verwandten in die Nähe des Krankenhauses. Abends werden die Brücken gesprengt. So ein Unsinn!
13. April: Die ersten Panzer der Amerikaner sind da. Soldaten durchsuchen die Häuser nach Männern. Wenigstens hat die Schießerei erst einmal ein Ende und wir können wieder zurück in unsere Wohnung ziehen.

Die Besatzungsmacht legt genaue Ausgehzeiten fest, die Lebensmittel werden rationiert. Am 1. Juli ziehen gemäß dem Potsdamer Abkommen die Amerikaner ab, die Russen kommen. Am 1. Oktober beginnt der Schulunterricht wieder. *Regina Mohr*

Wir sehen Gute und Böse, Identifikationsfiguren und ihre Gegenspieler, was man eben so braucht, um eine Filmgeschichte spannend zu machen. Es entstehen Helden und Schurken. Hier muss die Hauptkritik ansetzen: Das ist bei diesem Thema absolut unmöglich. Man kann nicht den Unschuldigen spielen und so tun, als wüsste man nichts über diese Figuren. Was ist denn das für ein historisches Personal, das sich da im Führerbunker tummelt? Es handelt sich um Ober-Nazis, die Treuesten der Treuen, die bis zum Schluss durchgehalten haben; gerade die Generalität und die hohen Offiziere waren zum Ende hin nur noch ergebene Nazis oder Opportunisten, die zu feige zur Aktion waren. Immerhin war ja z.B. so etwas wie der 20.Juli 1944 davor gewesen, nach dem alle hohen Dienstgrade, die nur irgendwie im Verdacht oder Kontakt waren, entweder erschossen oder zumindest degradiert worden waren. Es blieb also nur eine absolute Negativauslese übrig.

Alles Helden?

Und was macht der Film? Da erscheint z.B. ein General bei Hitler, verwegener Haudegen, männlich, mutig, um sich erschießen zu lassen. Unerschrocken der Kerl. Und bekommt prompt den Oberbefehl über die Verteidigung Berlins. Er nimmt soldatisch den Befehl zum aussichtslosen Kampf entgegen. Seine Sorge gilt den Zivilisten Berlins. Ein Held ohne Zweifel. Mal ernsthaft: Was hat der denn davor getrieben? Warum kommen ihm erst jetzt, Ende April 1945, Sorgen um die Zivilisten? Was hat er denn für eine Karriere gemacht? Was hat er für Schweinereien auf dem Gewissen? Historisch handelt es sich um den General der Artillerie Helmuth Weidling, Kommandant des XXXXI. Panzerkorps von 1943 bis 1945, zugehörig zur berüchtigten Heeresgruppe Mitte, deren fürchterliches Treiben die Wehrmachtsaustellung dokumentiert hat. Unter anderem war Weidling die 1. SS-Brigade unterstellt.

Und dann Schenck. Auch er ein positiver Held, der sich im Film für die Verwundeten und die Zivilisten einsetzt und den Krieg beenden will. Wir können uns mit ihm identifizieren. Wer war Schenck? SS-Arzt in Dachau! Führte Menschenexperimente durch, Nazi seit 1930 (!), ein ausgesprochenes Schwein also, das durch den Film praktisch rehabilitiert wird.

Weitere Details verstärken den fatalen Eindruck. Zum Beispiel der Einsatz der filmischen Mittel: Trauermusik, wenn sich mal wieder einer (der Hauptkriegsverbrecher) entschließt sich umzubringen. Wir als Zuschauer werden auch ergriffen, traurig. Wir empfinden die Tragik der Situation. Oder die Deklamationen, bevor sie sich umbringen: „Wir wollen nicht weiterleben ohne den Nationalsozialismus “, „Wir können uns eine Welt ohne diese Idee nicht vorstellen“, „Unsere Idee war so rein und klar, sie wird wieder auferstehen “ usw. Ohne jede Brechung und Distanzierung. Ein Neonazi im Kino wird begeistert sein.

Blick aus dem Bunker

Meines Erachtens hätte man, um dieses Thema bewältigen zu können, sich was anderes einfallen lassen müssen als sich einfach auf die Perspektive eines Provinzdummerchens einzulassen und dazu ein paar Kriegsszenen einzuflechten. Zum Beispiel eine laufende Informationsschrift, mit der über die einzelnen Figuren, ihre Rolle, Verbrechen usw. informiert worden wäre. Das hätte zumindest jüngeren Zuschauern ermöglicht, die keine ausgesprochenen Kenner des Dritten Reiches sind, eine Relativierung und Einordnung des Geschehens vorzunehmen.

Oder mit einem Split-Screen zu arbeiten: Ein Bild zeigt das Gelage und die heile Welt im Führer-

GEMISCHTE GEFÜHLE

Erleichterung über die Befreiung und die Angst vor Vergeltung halten sich die Waage.

Ich wurde um die Osterzeit 1939 in Leipzig eingeschult. Einige Monate später wurde unser Schulgebäude Lazarett und unsere Klassen wurden auf verschiedene Schulen verteilt. Auf meinem Schulweg sah ich viele Menschen mit einem Judenstern an der Kleidung. Ich weiß nicht, wohin sie damals immer gingen. Jahre später wurde mir erst bewusst, dass sie irgendwann nicht mehr da waren. Wir Kinder wussten nicht, dass neben dem „üblichen“ Kriegsgeschehen noch sehr viel Schreckliches, Unvorstellbares durch Deutsche geschah. Auch was ich in dieser Zeit erlebte, wünsche ich keinem.

Da waren die Bombennächte voller Angst im Keller, dann das brennende Haus, aus dem wir flüchten mussten. Die Schule war auch abgebrannt. Es verging einige Zeit, bis wir wieder einigermaßen regelmäßig in eine Schule gehen konnten. Oft fielen Unterrichtsstunden wegen Fliegeralarm aus. Saßen wir bis nach 22 Uhr im Luftschutzkeller, begann der Unterricht erst um 10 Uhr. Auf dem Weg zur Schule war ein Friseur, der hatte sich eine Luftlagekarte gebastelt und ins Schaufenster gestellt. Dieser Karte galt unser größtes Interesse, denn wir hatten ja kein Radio mehr. War auf dieser Karte angezeigt, Bombengeschwader über Hannover/Braunschweig, konnten wir gleich wieder den Rückweg antreten. Große Angst hatten wir vor Fliegeralarm während der Unterrichtstunden, denn dann mussten wir den Schulkeller aufsuchen, durften nicht nach Hause gehen.

Einige Wochen vor Kriegsende wurde es besonders schlimm. Fast täglich gab es zu den unterschiedlichsten Zeiten Fliegeralarm, fast immer mit Bombenabwürfen. Dann hörten wir das Grollen der herannahenden Front. Wir schliefen gleich im Keller, trauten uns nur noch vor die Haustür. Plötzlich stand eine neue Angst im Raum, die Angst vor Vergeltung. Aber wir hatten Glück, denn in unserem Stadtbezirk fanden keine Kampfhandlungen statt. Es war ein wunderschöner Frühlingstag. Eine unheimliche Stille lag in der Luft. Wir hockten angstvoll im Keller, dann wurde ich zum Einkaufen geschickt. Als ich das Geschäft verließ, sah ich die fremden Soldaten auf ihren Stahlhelmen vor den Hauseingängen sitzen. Sie interessierten sich nicht für mich. Aufgeregt ging ich nach Hause und erzählte davon. Das war unser Tag der Befreiung! Wir genossen trotz aller Mängel den Frühling und warteten auf unseren Vater, der aber verschollen blieb. Erst im Jahr 2004 erhielt ich durch das Rote Kreuz die Nachricht, dass mein Vater 1946 in einem Gefangenenlager verstorben war.

Liselotte Claußnitzer

Szenenfoto: Das Provinzdummerchen. FOTO: CONSTANTIN FILM

bunker, ein Bild zeigt die Kämpfe, ein Drittes KZ-Szenen, ein Viertes Zivilisten zwischen den Fronten oder so.

Oder die Wahl einer ganz anderen Perspektive. Nicht die des naiven Provinzdummerchens, sondern z.B. die eines russischen Zwangsarbeiters oder von Widerständlern, die um ihr Überleben kämpfen, dagegen im Kontrast die absurden Szenen aus dem Bunker.

Warum sind die letzten Tage der Obernazis von Belang?

Eigentlich sind sie ja belanglos. Wenn man sie aber nicht für belanglos hält, sondern darüber einen Film macht, muss man sich mehr einfallen lassen als die Aussage: Das waren auch nur Menschen wie du und ich. Das kann doch nur jemand wichtig finden, der gemeint hat, das wären irgendwelche blutsaugenden Ungeheuer aus der Geisterbahn gewesen. Interessanter wäre eigentlich die Frage: Wieso werden Menschen wie du und ich zu Obernazis oder warum gehorchen Menschen wie du und ich bis zum Tod solchen Vollidioten? Auf diese Frage geht der Film aber überhaupt nicht ein.

Fluch oder Pflicht?

Einige prominente FDP- und CDU-Politiker ließen sich kurz nach der Premiere in folgendem Sinn aus: Der Film müsse zum Pflichtprogramm in allen Schulen werden. Sie sagen das aus folgendem Grund. Das deutsche Bürgertum hat bis heute daran zu knabbern, dass es sowohl Hitler an die Regierung geholfen hat wie auch tief verstrickt war in die Naziherrschaft und ihre Verbrechen. Hinterher haben sie sich versucht herauszureden, sie seien verführt worden oder keiner hätte etwas machen können, da totalitäres Regime, Hitler hatte alles zu sagen, sie waren ohnmächtig usw. In gewisser Weise bedient der Film diese Sicht. Man sieht, wie bis zuletzt selbst die „Aufrechtesten und Geradesten und Ehrlichsten " (zumindest tut der Film so, als habe es solche in Hitlers Umkreis und im Oberkommando der Wehrmacht um diese Zeit noch gegeben) im Banne der Figur Adolf standen und nicht in der Lage waren sich zu widersetzen. Deshalb die begeisterte Zustimmung gewisser Kreise zu diesem Film.

Aus: Zeitschrift der GEW Hamburg (hlz) Nr. 1/ 2005

SEHNSUCHT FRIEDEN

Glaubensfragen am Ende des Krieges.

Im Winter 1944/45 war ich 14 Jahre alt und besuchte den Konfirmandenunterricht, da im Frühjahr die Konfirmation stattfinden sollte. Die uns unterrichtende Gemeindehelferin schloss noch im Januar jeweils zum Ende des Unterrichts ihr Gebet mit uns: „Lieber Gott, lass uns den Krieg gewinnen!“ Ich empfand das als unsinnige Zumutung an Gott und fragte sie: „Warum beten wir um den Sieg? In den anderen Ländern haben die Menschen doch denselben Gott und beten sicher auch so. Was soll denn der liebe Gott tun?“ Sie fuhr mich scharf an: „Frag' nicht so dumm! Der liebe Gott weiß, dass wir siegen müssen.“ Meine Gedanken gingen nun weiter: „Wenn er es so genau weiß, warum beten wir dann überhaupt?“ Ich sagte aber nichts mehr dazu, weil ich fand, wer so redet wie diese Frau, ist dumm, ungerecht und überheblich.

Die Einsegnung wurde wegen der näher rückenden Front in aller Eile vorverlegt auf den 11. Februar 1945. Die offizielle Begründung lautete, „aus technischen Gründen“. Auf Bezugsscheine zu diesem Anlass bekam ich schwarze Stoffschuhe mit durchgehenden Holzsohlen, ein hässliches schwarzes Kleid und im Blumengeschäft einen Stiel weißen Flieder. Es gab tatsächlich noch eine kleine Familienfeier mit einem aus grauem Mehl mit Süßstoff gebackenen Napfkuchen. Zum Abendessen brachten die Verwandten jeder seine eigene Schnitte Brot mit. Mein Vater, der trotz Krankheit und Gehbehinderung im Januar zum „Volkssturm“ eingezogen worden war, bekam für diesen Tag Urlaub, musste aber am Abend wieder zurück nach Spandau in die Kaserne.

1948 unterhielten wir Schülerinnen einer Reinickendorfer Abiturklasse uns oft auch über politische Fragen. Es war die Zeit des Kalten Krieges und der Blockade West Berlins. Unsere Gespräche endeten immer wieder mit dem Wunsch: „Wenn es doch Vereinigte Staaten von Europa gäbe, dann hätten wir nie wieder Krieg!“

Eleonore Kujawa

ENDLICH WIEDER SCHULE

Hunger, Fremde, Angst – dazwischen bietet die Schule immer wieder ein Stück Normalität.

Es ist das fünfte Jahr des Krieges. Ich besuche die 1. Klasse des Victoria-Lyzeums in Berlin. Jede Nacht und dann auch am Tag reißt mich der Fliegeralarm aus dem Schlaf oder unterbricht den Unterricht. Im Keller der Häuser habe ich Angst und zittere am ganzen Körper. Das Lyzeum wird evakuiert; ich komme zu Verwandten nach Bautzen. Unmöglich etwas zu lernen, denn die Klasse dort hat fast 50 Schüler unterschiedlichen Alters. Dann im April 1945 Flucht aus Bautzen, wieder zurück dorthin, und endlich im Juni 1945 nach Berlin.

Wir und auch die Schule sind weggebombt. Unser Zuhause ist eine Laube in Marzahn. Die Schule mit einigen bekannten Lehrern, die keine Nazis waren, finden wir in der Auguststraße in Mitte. Endlich wieder in Ruhe lernen können, auch bei verpappten Fenstern und Schichtunterricht. So werden wir wieder langsam zu hoffnungsfrohen Menschen.

Gerda Albinus, Jahrgang 1932

Ausgebombt und evakuiert

Ortswechsel, Fremde und Hunger – keiner versteht, warum.

von Volkhard Zillmann

Im Jahre 1943 erreichte die Bombardierung der alliierten Luftwaffe besonders über Berlin einen Höhepunkt. Zu dieser Zeit lebte meine Mutter mit mir und meinem jüngeren Bruder mitten in Prenzlauer Berg, Wörther Straße 32 / Ecke Weißenburger Straße. Regelmäßig am Tage oder in der Nacht flogen die Bombergeschwader Berlin an. Im September 1943 wurde die Weißenburger Straße mit Brand und Sprengbomben belegt und unser Haus wurde dabei getroffen. Wir saßen im Luftschutzkeller als durch die Last der Mauern des einstürzenden Hauses die Kellerdecken an verschiedenen Stellen durchbrochen wurden. Staub- und Druckwellen fegten durch die Kelleräume und Flure. Alle anwesenden Mitbewohner und auch wir hatten furchtbare Angst verschüttet zu werden. Es gab Tote und einige Erwachsene und Kinder wurden ohnmächtig. Durch einen Kellerdurchbruch zum Nachbarhaus konnten u.a. meine Mutter mit uns beiden Kindern (5 und 3 Jahre alt) mit anderen Bewohnern unseres Hauses gerettet werden. Draußen war die Nachmittagssonne durch die schwarzen Qualmwolken kaum zu sehen, viele Häuser brannten, die Menschen saßen mit ihren wenigen geretteten Habseligkeiten auf der Fahrbahn.

Auch wir waren traurig und völlig verunsichert und liefen zu meiner Großmutter in die Christinenstraße. In dem Kietz um den Teutoburger Platz waren an diesem Tag keine Bomben gefallen. Wir konnten vorläufig bei meiner Großmutter wohnen und wurden dann November 1943 nach Sachsen in das Dorf Bötzen bei Leipzig evakuiert. Im April 1944 wurde ich dort zusammen mit weiteren 42 Kindern in die 1. Klasse eingeschult.

Amerikanische Schutzmacht in Berlin, um 1948: Kinder betrachten einen amerikanischen Panzerspähwagen.

FOTO: LANDESARCHIV BERLIN/ RIES, HENRY

Zwar gab es hier keine Bomben, aber bis Februar 1945 hörte man die Flugzeuggeschwader, die Richtung Leipzig flogen, was bei den evakuierten Berliner Kindern schlimme Erinnerungen weckte.

Dann fiel die Stadt Eilenburg in die Hände der Truppen der USA und die gefangenen deutschen Soldaten wurden in Richtung Leipzig abgeführt. Wir Schüler standen an der Chaussee und staunten. Unterricht war an diesem Tag nicht. Die amerikanischen Soldaten stellten allerhand Dinge an, die wir jungen Schüler nicht verstanden: Sie erschlugen die Hühner auf dem Dorfanger und plünderten geräucherten Speck und Würste aus den Bauernhäusern. Nur wir Kinder durften uns auf dem Dorfanger aufhalten, wo die US Soldaten versuchten, sich mit uns zu unterhalten. Mit Händen und Füßen ging es ganz gut.

Ende März 1945 war Sachsen insgesamt erobert. Der alte Verwaltungsapparat war zusammengebrochen und weitgehend auch die Versorgung mit Lebensmitteln. Die Naturalwirtschaft herrschte wieder vor, wobei die Evakuierten das Nachsehen hatten, da sie weder Geld noch Tauschware besaßen.

Anfang Mai 1945 wurde über Lautsprecher die Nachricht der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands verkündet. Der Tod Hitlers und Goebbels sowie die Niederlage der deutschen Wehrmacht sorgten für lähmende Ruhe, die jede Aktivität der Bevölkerung bremste. Wir Schüler und Jugendlichen konnten die entstandene Situation nicht deuten und schlichen ebenfalls verunsichert herum. Mitte Juni 1945 tauchten plötzlich Offiziere und Soldaten der Roten Armee auf und verkündeten, dass sie jetzt die Verwaltung Sachsens übernehmen. Wir Schüler und Jugendlichen verstanden die neue Lage nicht, da die Erwachsenen nur ärgerliche Bemerkungen machten, da sie die Festlegungen der Jalta Konferenz nicht kannten und somit negativ interpretierten. Die sowjetischen Truppen bauten jetzt eine neuen Verwaltung auf und sorgten für die Weiterführung des Schulunterrichts, der bereits im Juni 1945 wieder Pflicht war.

Im November durften wir dann auf eigene Kosten wieder zurück nach Berlin. Mit Pferdefuhrwerken wurden wir nach Jesewitz transportiert und von dort fuhren wir mit dem Vorortzug nach Leipzig, dann weiter mit einem Personenzug nach Berlin zum Anhalter Bahnhof. Zu Fuß und mit einer organisierten Karre für Koffer und Rucksäcke ging es dann zur Großmutter in die Christinenstraße. Zwar waren die Straßen in Berlin schon vom Schutt der Ruinen beräumt, aber die Trampelpfade waren an manchen Stellen sehr schmal. Viele Wohnhäuser waren durch Bombenabwürfe schwer beschädigt, und je näher wir dem Stadtzentrum kamen desto mehr Spuren der Straßenkämpfe waren zu sehen.

Ich kam dann in die 14. Volksschule Berlin Mitte, Zehdenicker Straße. In vielen Klassenräumen gab es keine Fensterscheiben und es konnte nicht geheizt werden, so dass wir Schüler mit warmen Joppen oder Mänteln, Pudelmützen und teilweise Handschuhen in unseren Schulbänken saßen. Die Anzahl der Schüler war auch hier sehr groß (ungefähr 40 Schüler). Wir waren aber alle in der gleichen Klassenstufe. Trotz aller Schwierigkeiten mit der Kälte und den unbequemen Wintersachen machte der Unterricht riesigen Spaß.

Schwieriges Gedenken an den 8. Mai 1945

1955 Kein offizieller Gedenktag in der Bundesrepublik. Die Erinnerung an Flucht und Vertreibung nimmt einen großen Raum ein. Die von der Bundeszentrale für Heimatdienst herausgegebene Wochenzeitschrift *Das Parlament* stellt den Vormarsch der Roten Armee dar als das unerwartete Hereinbrechen „bestialischer Horden", die an „Unschuldigen unmenschliche Vergeltung" übten. Das Kriegsende erscheint als „ Sturz ins Dunkel" (*Süddeutsche Zeitung*) und nicht als Befreiung.

In der DDR war der 8. Mai von Anfang an Tag der Befreiung, 1950 wurde er zum offiziellen Feiertag erklärt und jährlich mit Militärparaden begangen.

1965 Diskussion darüber, wie der 8. Mai in der Bundesrepublik begangen werden soll. Fernsehansprache von Bundeskanzler Ludwig Erhard, in der er vom „Blutopfer von Millionen unschuldiger Menschen" spricht und sich bei den Verbündeten für die Chance zum Wiederaufbau bedankt. Mit dem Eichmann-Prozess 1961 in Jerusalem und dem Frankfurter Auschwitz-Prozess 1961 bis 1965 rückt auch der Holocaust stärker ins Bewusstsein. 1965 spricht Bundespräsident Heinrich Lübke zum Jahrestag der Lagerbefreiung in Bergen-Belsen.

1970 wird der 25. Jahrestag des Kriegsendes mit einer Sondersitzung des Bundestages begangen – gegen der Willen der CDU-Opposition, die meint, „Niederlagen feiert man nicht". Bundeskanzler Willy Brandt spricht sich für eine Aussöhnung und für eine Anerkennung von DDR und Oder-Neiße Grenze aus.

1975 Bundeskanzler Helmut Schmidt verweigert die finanzielle Unterstützung und Teilnahme an den Gedenkveranstaltungen der Vertriebenenverbände. Keine öffentliche Gedenkveranstaltung. Sowohl Bundeskanzler Helmut Schmidt als auch Bundespräsident Walter Scheel sprechen in ihren Ansprachen vom Kriegsende als „Tag der Befreiung".

1985 Bundespräsident Richard von Weizsäcker hält seine berühmte Rede bei der gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat zum 40. Jahrestag des Kriegsendes. Weizsäcker würdigt alle Opfer von Diktatur und Weltkrieg und stellt die Verantwortung der Deutschen für die Machtergreifung Hitlers heraus.

Bundeskanzler Helmut Kohl gedenkt zusammen mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof von Bitburg der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, was heftige Entrüstung hervorrief, weil in Bitburg neben Soldaten der Wehrmacht auch Angehörige der Waffen-SS begraben sind.

Notbalkon in einer Hausruine um 1946.

FOTO: LANDESARCHIV BERLIN

1995 Zentraler Staatsakt im Berliner Schauspielhaus am Gendarmenmarkt im Beisein der vier Siegermächte. Zuvor hatten der CDU-Politiker Alfred Dregger, der ehemalige Generalbundesanwalt Alexander von Stahl und andere eine Anzeige in der FAZ geschaltet, in der daran erinnert wurde, dass das Kriegsende nicht nur das Ende des „Dritten Reiches" bedeute, „sondern zugleich auch den Beginn von Vertreibungsterror und neuer Unterdrückung im Osten und den Beginn der Teilung unseres Landes". Diese Aktion stieß auf heftigen öffentlichen Widerstand.

Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth gedenkt anlässlich des 50. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz am 27. Januar im Deutschen Bundestag der Opfer der Konzentrationslager. Am 3. Januar 1996 wird der 27. Januar offiziell als bundesrepublikanischer Gedenktag eingeführt.

Sehr frei zusammengestellt nach Sebastian Ullrich „Wir sind, was wir erinnern".In: Die Zeit-Geschichte, Nr.1, Teil 1, April 2005 von Klaus Will.

ILLUSTRATION: DIETER TONN

Studieren macht schlank und sexy!

von Andreas K. Schmidt, blz-Redaktion.

Diese provokante These gilt es zu belegen – wird es gelingen? Erstens: Studieren macht schlank. Mit dieser These ist der Prozess des Studierens an sich gemeint, nicht der Prüfungszeitraum! Das stets notwendige Suchen nach Seminarräumen in den verwinkelten Gängen der Universitäten, der wegen zahlreicher und z.T. unergründlicher Formalitäten mehrmalige Weg zu den Studien- und Prüfungsberatungen, der mühsame Aufstieg zum Gipfel der Weisheit und der notwendige langwierige Marsch durch die Institutionen macht und hält schlank. Die gegenläufige körperliche Entwicklung tritt erst zum Studienende auf, wenn das Lernen für die Klausuren und das Anfertigen der Abschlussarbeit nur durch massiven Einsatz von Schokolade und Pizza zu bewältigen ist.

Zweitens: Studieren macht sexy. Diese Behauptung ist relativ einfach nachzuweisen: Intelligenz ist sexy! Diese Intelligenz manifestiert sich im Entschluss, ein Studium aufzunehmen.

Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes liegt die Arbeitslosenquote bei AkademikerInnen unterhalb der Durchschnittsquote – und die Prognosen des Nürnberger Institutes für Arbeitsmarkt und Berufsforschung gehen für die kommenden Jahre von einer weiter steigenden Nachfrage nach Akademike-

Wer, wie, was? Der, die, das! Wieso, weshalb, warum?...

Die neue „Initiative Lehramt“ an der FU.

Studierenden-Protest gegen Studiengebühren und Einsparungen an den Berliner Hochschulen unter dem Motto „Du sollst nicht an der Bildung sparen“ im Mai 2003. FOTO: TRANSIT

von Stephanie Kriessmann, Mitbegründerin der Initiative.

Anfang Juni 2004 gründeten LehramtsstudentInnen der Freien Universität Berlin angesichts der bestehenden Probleme und des neuen Bachelor-Studienganges die „Initiative Lehramt“, welche der erste Schritt zur Selbsthilfe sein sollte.

Lehramtsstudierende sind an den Universitäten so unbeliebt wie zahlreich, und haben ungefähr dieselben Probleme, wenngleich in den verschiedensten Varianten. Die neue „Initiative Lehramt“ hat sich als erstes Projekt die Betreuung der BachelorstudentInnen und die Beobachtung der Entwicklung des neuen Studienganges gewählt. Einen Überblick über diese Thematik hatte bis dahin niemand, und so erklärt sich auch die Teamarbeit der Studierenden unterschiedlichster Fachbereiche: In Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Werkstatt der FU versuchen sie, alle Fachbereiche zu verknüpfen, so dass wichtige Informationen alle erreichen und nicht kläglich versanden.

Die Unterstützung gilt dabei den Altstudierenden genau so wie den neuen Bachelor-Studierenden! Zusätzlich wurde eine regelmäßig stattfindende Konferenz der studentischen Vertretungen aller Berliner Universitäten und der Uni Potsdam ins Leben gerufen, um länderübergreifend arbeiten zu können. Probleme lassen sich somit leichter erkennen, und Lösungen durch Vergleiche der Studiensituationen besser finden. Zusätzlich wird die Berliner Landespolitik kritisch beobachtet und begleitet. Es finden wöchentliche Treffen statt, in denen sowohl langfristige Projekte als auch akute Probleme einzelner Studierender besprochen werden. Eine einfache Kontaktaufnahme ist über die E-Mail-Adresse Lehramt-fu@gmx.de möglich. Dort kann auch der Newsletter abonniert werden.

Die „Initiative Lehramt“ ist hochschulpolitisch im Studierendenparlament (StuPa) und im Allgemeinen Studierenden Ausschuß (AstA) der FU aktiv und versucht auch dort, die Ziele, welche durch die Lehramtsstudierenden definiert wurden, zu realisieren. Um einen Eindruck von der aktuellen Studiensituation zu gewinnen, werden auch Evaluationen gemacht und Versammlungen veranstaltet. Außerdem wird der Kontakt zu den DozentInnen und der Universitätsleitung gepflegt, um gemeinsam Probleme lösen zu können.

Die neue „Initiative Lehramt“ möchte den Lehramtsstudierenden aller Fächer den Spaß an ihrer Ausbildung und am Kontakt mit Menschen erhalten und sie fachlich und sozial betreuen. Der berühmte Blick über den Tellerrand scheint doch oft mal gut zu tun. Gelegenheit dazu haben die Studierenden z.B. bei den Kinoabenden, Parties, Fahrten und Fahrradtouren, oder wenn sie einfach zu einem der Treffen (Termine einzusehen unter www.ibof.de/iniL.html) erscheinen. „Wir rufen unsere Lehramtsstudierenden auf uns zu helfen, den Uni-Alltag für alle angenehmer zu machen. Es gibt viel zu tun, und wir packen's jetzt an!“

Kontakt und Information: Lehramt-fu@gmx.de sowie www.ibof.de/iniL.html.

rInnen aus. Also: Provokante These, überzeugende Begründung. Haben wir wieder ‘was gelernt!
Die Artikel des blz-Schwerpunktes beschäftigen sich mit den Themen „Lehramts-Studium“, „Studiengebühren“ und „Bologna-Prozess“. An der Freien Universität Berlin hat sich eine neue „Initiative Lehramt“ gegründet, von deren Ideen und Projekten Stephanie Kriessmann berichtet. Nele Hirsch beschäftigt sich mit den möglichen Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zum Hochschulrahmengesetz in Bezug auf Studiengebühren und Demokratie an der Hochschule. Claudia Wrobel und Björn Kietzmann erläutern die Ideen und möglichen Konsequenzen des Bologna-Prozesses, in dessem Rahmen die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge in Europa eingeführt wurden und werden.
Außerdem machen sie auf eine Teilnahmemöglichkeit am nächsten Treffen der europäischen BildungsministerInnen im norwegischen Bergen im Mai aufmerksam.
Die GEW-Gruppen für Studierende sind die „Junge GEW“ (speziell für die Lehramts-Studierende) und der „Landesausschuss der Studierenden“ (LASS), der auch in diesem Semester wieder eine Seminarreihe anbietet. Informationen zu den Treffen und Aktionen findet ihr unter www.gew-berlin.de.

Nur ein paar Hundert Euro

Studiengebühren führen zu einem marktförmig geprägten Bildungssystem.

von Nele Hirsch, Mitglied im Landesausschuss der Studierenden (LASS)

Karlsruhe macht Weg für Studiengebühren frei", konnte man in den Zeitungen nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes am 26. Januar lesen. Vorausgegangen war eine Klage mehrerer unionsgeführter Bundesländer gegen die von der rot-grünen Bundesregierung Anfang 2001 auf den Weg gebrachte Gesetzesnovelle. Ihre Begründung: Mit dem in der Novelle vorgesehenen Verbot von allgemeinen Studiengebühren im Erststudium und der dort verpflichtend festgeschriebenen Einführung von studentischen Interessenvertretungen an den Hochschulen habe der Bund seine Regelungskompetenz überschritten. Hochschulpolitik sei Ländersache. Es müsse deshalb in der Verantwortung der Landesregierungen liegen, darüber zu entscheiden, ob sie Studierende zur Kasse bitten und ob ihnen eine schlagkräftige Interessenvertretung zugestanden wird oder nicht.

Die RichterInnen haben den unionsgeführten Bundesländern in beiden Punkten Recht gegeben. Dieser Urteilsspruch ist zu kritisieren. Im Vorfeld der Klage wurde von verschiedenen Verbänden und Organisationen, so beispielsweise von dem vom Bertelsmannkonzern getragenen Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) oder der von den Metall-Arbeitgeber-Verbänden finanzierten „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft" mit massivem Finanzaufwand (unter anderem ganzseitige Anzeigen in fast allen größeren überregionalen Tageszeitungen) Lobbypolitik pro Studiengebühren betrieben. Nach der Verfassungsgerichtsentscheidung setzen sie ihre Kampagne nun mit noch größerer Vehemenz fort.

Für eine soziale Öffnung des Bildungssystems

Die Einführung von Studiengebühren, so wird argumentiert, sei schon allein aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit notwendig. Es sei ein Skandal, dass von einem zu großen Teilen öffentlich finanzierten Bildungssystem maßgeblich Reiche profitieren. Wie, so die polemische Frage, lasse es sich rechtfertigen, dass der Mechaniker dem Architektensohn sein Studium finanziert?

Richtig ist an dieser Darstellung, dass das deutsche Bildungssystem derzeit eines der selektivsten in ganz Europa ist. Nur rund zehn Prozent der Studierenden kommen aus so genannten bildungsfernen Schichten. Falsch ist allerdings die Behauptung, dass sich dies durch die Einführung von Studiengebühren verändern würde – im Gegenteil! Unabhängig von ihrer konkreten Ausgestaltung werden Studiengebühren die bereits bestehende Selektivität im Bildungssystem nicht vermindern, sondern verschärfen: Eine gerechtere Verteilung von Bildungschancen lässt sich durch sie nicht erreichen. Bei einem Kreditmodell schreckt der erwartete Schuldenberg am Ende eines Studiums gerade Kinder aus finanziell schlechter gestellten Familien vom Weg an die Hochschule ab. Bei Stipendienmodellen muss ausgewählt werden. Und auch hier ist empirisch belegt, dass jede Auswahl immer auch eine soziale Auswahl darstellt. „Aussortiert" würden damit vor allem die, die schon heute an den Hochschulen unterrepräsentiert sind. Anstatt also aus der Feststellung der bestehenden sozialen Selektivität die Schlussfolgerung zu ziehen, „sozialverträgliche Studiengebührenmodelle" entwickeln zu müssen, sollte die längst überfällige Diskussion über Maßnahmen zur Öffnung der Hochschulen geführt werden.

Kritisiert werden muss hier die mangelhafte Studienfinanzierung, die bisher ein maßgebliches soziales Ausschlusskriterium vom Studium darstellt. Auch die Verschärfung der Auswahlverfahren oder der Aufbau weiterer Hürden im Studienverlauf, wie z.B. die Beschränkung des Zugangs zum Masterstudium, geht auf Kosten derer, die schon heute nur unter größten Anstrengungen an die Hochschulen kommen. Vor allem aber muss das schulische und vorschulische Bildungssystem grundlegend reformiert werden: Das Konzept „Eine Schule für alle", welches die Aufhebung der bisherigen Dreigliedrigkeit fordert, könnte verhindern, dass schon im Alter von zehn oder elf Jahren der weitere Bildungsweg eines Kindes festgeschrieben wird. Eine höhere Qualifikation für ErzieherInnen, die beispielsweise für eine gezielte Förderung von MigrantInnen in Kindergärten und Kindertagesstätten sorgt, wäre ein weiterer Schritt hin zu einem integrativen und weg von einem aussortierenden Bildungssystem. Eine Diskussion über Studiengebührenmodelle ist für dieses Ziel dagegen der absolut falsche Weg.

Abschaffung der studentischen Interessenvertretung?

Genau wie die Aufhebung des Studiengebührenverbots im Erststudium wird auch die Entscheidung über die studentische Interessenvertretung

Folgen für die Gestaltung der Hochschulen und des Studiums haben. Bisher haben Studierende in den meisten Bundesländern das Recht, eine Interessenvertretung aufzubauen. Grundlage dafür ist die Verfasste Studierendenschaft (VS), welche zumeist einmal im Jahr gewählt wird. Sie kann für ihre Arbeit sowie für konkrete Unterstützungsangebote Beiträge erheben.

In Baden-Württemberg und Bayern haben die konservativen Regierungen die Verfassten Studierendenschaften bereits in den 70er Jahren abgeschafft. So sollte, wie es zur Begründung hieß, der „linke Sumpf an den Hochschulen trocken gelegt werden". Mit der Bundesverfassungsgerichtsentscheidung ist die Wiedereinführung der VS in diesen beiden Bundesländern in weite Ferne gerückt. Auch in anderen Bundesländern droht die Abschaffung oder zumindest eine weitere Einschränkung der Kompetenzen. Zentral ist bei letzterem vor allem die Frage des politischen Mandats: Immer wieder sind Studierendenvertretung aufgrund ihrer nur unzureichend festgeschriebenen Kompetenzen in den Landeshochschulgesetzen mit Klagen von einzelnen Studierenden konfrontiert, die sie mit angeblich „zu allgemeinpolitische Äußerungen" der ASten begründen.

Studiengebührenpläne in den Ländern

In den einzelnen Bundesländern fokussieren sich die meisten Diskussionen bisher auf die Studiengebührenfrage. Als Vorreiter zur Einführung präsentieren sich dabei Hamburg, Baden-Württemberg und Bayern. In diesen Ländern steht voraussichtlich noch in diesem Jahr die Einführung von Erststudiumsgebühren in Höhe von mindestens 500 Euro pro Semester an. Es zeichnet sich ab, dass die übrigen Bundesländer dann bald nachziehen könnten, auch wenn SPD und PDS laut entsprechender Parteibeschlüsse am Grundsatz des gebührenfreien Erststudiums festhalten wollen. In Berlin ist es bisher durch erfolgreiche studentische Proteste gelungen, die Erhebung von Studiengebühren vollständig auszuschließen. Grundlage ist der Koalitionsvertrag der regierenden SPD-PDS Koalition, der vorerst bis 2006 Gültigkeit hat. Doch trotz dieser an sich klaren Beschlusslage mehren sich auch in Berlin die Stimmen der GebührenbefürworterInnen. So kündigte der Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD) Anfang Februar an, dass Berlin folgen müsse, sobald in anderen Bundesländern Studiengebühren eingeführt sind.

Hier zeigt sich, dass die Verhinderung von Gebühren und der Kampf für ein soziales und demokratisches Bildungssystem nur erfolgreich sein wird, wenn wir bundeslandübergreifend zusammen arbeiten. Als bundesweiter Rahmen sind dazu unter anderem Aktions-, Protest- und Streikwochen in den ersten beiden Maiwochen an den Hochschulen geplant. Ein gemeinsames Vorgehen mit Gewerkschaften, SchülerInnenvertretungen und weiteren progressiven Organisationen ist dabei unerlässlich. Das Anfang 2000 gegründete Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (www.abs-bund.de) bietet hierfür eine sinnvolle Plattform.

Studentischer Protest gegen die geplanten Studiengebühren an den Berliner Hochschulen im Juni 2003. FOTO: TRANSIT

Um auch vor Ort schlagkräftig zu sein, ist in Berlin Ende April die Gründung eines ABS-Landesbündnisses geplant.

Nur wenn Bildung als gesellschaftliches Thema und Bildungsabbau als Teil des alle gesellschaftlichen Bereiche umfassenden Sozialabbaus gesehen wird, kann es uns gelingen, ein sozial gerechtes und demokratisch organisiertes Bildungssystem und eine ebensolche Gesellschaft zu erstreiten. Es geht nicht nur um „ein paar Hundert Euro", wie oft polemisch behauptet wird. Tatsächlich werden Studiengebühren unser Bildungssystem noch ein gutes Stück selektiver machen und damit das Recht auf Bildung noch mehr einschränken. Sie sind ein weiterer Schritt hin zu einem marktförmig geprägten Bildungssystem, in dem anstelle des gemeinsamen Lehrens und Lernens die individuelle Konkurrenz steht.

Termine, Kontakt und Links:
Homepage des Aktionsbündnis gegen Studiengebühren:
http://www.abs-bund.de
Kampagnenseite von fzs, ABS und PM-Bündnis:
http://www.kein-spiel-mit-bildung.de

Schöne neue Bologna-Welt

Bachelor- und Masterabschlüsse in der Kritik.

von Björn Kietzmann und Claudia Wrobel, Mitglieder im LASS.

Seit 1999 befinden sich viele hochschulpolitisch interessierte Menschen in einer positiv gestimmten Bologna-Laune. Bei den wenigsten von ihnen hängt dies jedoch mit Erinnerungen an den letzten Italien-Urlaub zusammen. Vielmehr schwärmen sie für die von insgesamt 40 Ländern vorangetriebene Harmonisierung des europäischen Hochschulwesens. Die Auftaktkonferenz fand in Bologna statt, in Prag und Berlin gab es Folgekonferenzen und in wenigen Wochen findet die nächste Zusammenkunft im norwegischen Bergen statt.

Die Hochschulen werden zu bloßen Ausbildungszentren für die Interessen der Wirtschaft degradiert.

Parallel zu den ersten Auswirkungen, die auf Bologna zurückzuführen sind, wuchs in den letzten Jahren auch zunehmend die Skepsis gegenüber dem Prozess. In Deutschland war es anfangs eine überschaubare Menge, die den Bologna-Prozess als solchen komplett ablehnten – anders als in anderen Ländern wie z.B. Griechenland, wo es von Beginn an eine breite Ablehnung des Prozesses gab. Doch die Kritik von Nichtregierungsorganisationen (Studierendenvertretungen, Gewerkschaften,..), und einzelnen bildungspolitisch interessierter Menschen stieg in den letzten Jahren drastisch an. Vor allem viele Studierende wollten sich mit den beschwichtigenden Worten der Gruppen, die dem Prozess positiv gegenüberstehen, nicht mehr länger zufrieden geben. Als problematisch wird die neoliberale Ausrichtung des Prozesses angesehen.

Als Beispiel ist hier unter anderem die Einführung der zweistufigen Studiengänge, also der Bachelor- und Masterabschlüsse, zu nennen. Bis zum Jahr 2010 werden in allen Ländern, die die Bologna-Erklärung unterzeichneten, die gestuften Abschlüsse eingeführt. In nur drei Jahren sollen die Studierenden dann berufsqualifiziert sein. Der Vorwurf der kritischen Beobachter lautet: Statt Hochschulen zu Orten der Wissensvermittlung und Erkenntnis auszubauen, würden sie zu bloßen Ausbildungszentren im Interesse der Wirtschaft degradiert. Höhere akademische Weihen würden nur noch wenigen Erwählten zuteil werden.

Nahrung für diesen Verdacht geben die Quotierungspläne der rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen: So spricht das Wissenschaftsministerium inzwischen offen von einer Zulassung von maximal 50 Prozent aller Universitäts-BachelorabsolventInnen zu konsekutiven Masterstudiengängen. Noch gravierender werden Studierende der Fachhochschulen von der Quotenpraxis in NRW betroffen sein. So soll zukünftig nicht mal jedeR dritte FH-AbsolventIn die Chance auf die Fortsetzung des Studiums im Anschluss an einen Bachelor-Kurzstudiengang bekommen. Offizielle Begründung: Die mangelnden Kapazitäten an den Hochschulen ließen keine andere Möglichkeit. Eine neue Richtlinie besagt, dass 80 Prozent der Landesgelder für die Lehre an Hochschulen in den Bachelor-Bereich fließen, die übrigen 20 Prozent seien für die Bereiche Master und Promotion bestimmt. Auch die Möglichkeit einer zweiten Quotierung zur Regulierung des Promotionszugangs wird nicht ausgeschlossen.

Gegen diese Pläne regt sich in den Hochschulreihen Widerstand. „Der Bachelor kann kein berufsqualifizierender Abschluss sein, sondern nur den Weg dazu öffnen“, so Wolfgang Herrmann, der Präsident der Technischen Universität München.

Eine weitere Bedrohung des Kurzstudiums für die Masse ist die Gefahr der Neudefinition des Begriffes „Erststudium“, was unter anderem die Bereiche Studiengebühren, BAFöG- und Kindergeld-Berechtigung betreffen könnte.

Es ist nicht die häufig angeführte schlechte Umsetzung in Deutschland, die den Bologna-Prozess in die Kritik geraten lässt. Es spricht vieles für einen europäischen Hochschulraum, doch kann am Ende dieser Bemühungen nicht „die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Hochschulbildung“ stehen, wie es neoliberal im Communiqué der Bologna-Follow-Up-Konferenz 2003 in Berlin hieß. Vielmehr sollte es um die Stärkung freier und emanzipatorischer Bildung im wissenschaftlichen Austausch gehen.

KEIN RUHIGES HINTERLAND

Unter diesem Motto mobilisieren gewerkschaftliche und studentische Gruppen aus Berlin/Brandenburg zu den Protesten gegen das Treffen der EU-BildungsministerInnen im norwegischen Bergen. Parallel hierzu wird ortsnah auch das von verschiedenen Basisinitiativen organisierte 2. european education forum (eef) stattfinden. Mit Unterstützung der GEW und anderen Gruppen wird es einen Bus aus Berlin geben.
Abfahrt 18. Mai (morgens), Rückkehr Berlin am 23. Mai (mittags). Bustickets kosten 30 Euro. Kontakt: bergen-bus@gmx.de

Unterrichtsfach Wertekunde

Die zu vermittelnden Werte stehen schon lange in den Rahmenplänen.

FOTO: ARCHIV

von Wilfried Seiring, Direktor des Ausbildungsinstitutes für Humanistische Lebenskunde in Berlin

Die Werte, die wir gern durch schulische Veranstaltungen in staatlicher Verantwortung vermittelt sähen, sind bereits seit langem im Schulgesetz §1, in den Präambeln der Rahmenpläne, vor allem im Grundrechtskatalog des Grundgesetzes verpflichtend vorgegeben: unter anderem Demokratie, Frieden, Freiheit, Menschenwürde, Gleichberechtigung, Toleranz. Es sind die Werte, die wir im neuen Schulgesetz wiederfinden und in den Forderungskatalogen der demokratischen Parteien, ebenso in den Verlautbarungen der Kirchen und letztens wieder in der Erklärung unseres Bildungssenators. In der Kriminalstatistik der deutschen Großstädte liegen übrigens Frankfurt, Hamburg und München, also Städte, die so genannte Wertefächer im Stundenplan haben, vor Berlin. Wenn ich eines aus der Diskussion der Eltern und LehrerInnen in der Thomas-Morus-Oberschule mitgenommen habe: Es war nicht der Wunsch nach Werte-Vermittlung, es war nicht der Ruf nach einem neuen Fach, um die Rechtfertigung sogenannter Ehrenmorde zu verhindern oder von der Bedeutung unserer liberalen, parlamentarischen Demokratie zu überzeugen. Es wurden Forderungen laut nach Ganztagsangeboten, nach Sozialpädagogen, nach niedrigeren Frequenzen, nach Neueinstellungen. Man wollte mehr SchülerInnen mit Schulabschlüssen, mit Ausbildungschancen und Perspektiven für Jugendliche, deren Fehlverhalten natürlich nicht tolerabel ist, wohl aber erklärbar aus dem Pariastatus, der in Cliquen Identität sichert und schmerzlich empfundene Ausgrenzung kompensieren soll.

Sozialkunde erweitern

Ein neues Schulfach ist eine bildungspolitische Entscheidung, die übrigens zum gleichen Ergebnis führen würde, wenn man ein bereits vorhandenes Fach, z. B. Sozialkunde, entsprechend erweitern und mit zusätzlichen Inhalten versehen würde. Der begrüßenswerte Nebeneffekt: Man hätte bereits ausgebildete LehrerInnen, ein Curriculum, geprüfte und zugelassene Schulbücher, vor allem den entsprechenden Studiengang an den Universitäten, man hätte alles, was man bei einem neuen Fach erst mit Zeitverzug schaffen müsste.

Worum geht es also, wenn nun ein neues Werte-Fach gefordert wird? Die erkennbare Differenz im vielstimmigen Reformchor ist die Frage, ob es ein Bekenntnis- Glaubens- oder ein Kenntnis-Wissens-Fach sein soll. Wir Humanisten vertreten die Auffassung, die in vielen Ländern Europas tragfähige und gelebte Realität ist, dass die Grundlagen eines Bekenntnisses von authentischen Vertretern der Weltanschauungs- und Religionsgemeinschaften und nicht vom bekenntnisneutralen Staat zu leisten und zu verantworten sind.

Keine Trennung nach Religionen

Dagegen steht bei einem Werte-Fach für alle SchülerInnen ohne Abmeldeklausel für mich vor allem ein pädagogischer Gesichtspunkt im Zentrum: Was für das Miteinander der Berliner Bevölkerung, die sich zunehmend stärker aus Menschen verschiedener Herkunft, kultureller Prägungen, Religionen oder Hautfarben zusammensetzt, von existenzieller Bedeutung sein wird, ist, dass sie im gemeinsamen Unterricht voneinander lernen, sich in ihrer jeweiligen, begründeten Andersartigkeit tolerieren, dass sie bereit sind, sich anzuhören, kurzum, dass sie den demokratischen Konsens nicht aufkündigen, sondern zu dessen Stabilisierung beitragen und kein Feindbild vom anders Denkenden aufbauen, also, dass sie lernen, respektvoll, menschlich und in Frieden miteinander zu leben. Man kann einwenden, dass diese Lernziele selbstverständlich die Aufgabe aller Fächer sind, ja, die Aufgabe der Schule generell. Die ungelöste Aufgabe der Integration von Migranten kann schulisch am besten unterstützt werden, wenn alle Kinder gemeinsam die Bedeutung unserer kulturellen und politischen Werte erfahren, wenn sie nicht nach Religionen getrennt von verschiedenen Lehrkräften unterrichtet werden.

Finanzierung ist schwierig

Eine Folge davon hat das Bundesverwaltungsgericht 1998 bereits formuliert: „Der Landesgesetzgeber wäre nicht gehindert, Ethikunterricht für alle SchülerInnen vorzusehen und in Kauf zu nehmen, dass die am Religionsunterricht teilnehmenden SchülerInnen im Verhältnis zu den anderen SchülerInnen zusätzliche Schulstunden haben." Das gilt natürlich auch für Weltanschauungsgemeinschaften, die ihren Unterricht ebenfalls in eigener Verantwortung ergänzend anbieten müssten.

Wer die Finanzsituation Berlins kennt und die dringenderen Reform-Investitionen in der Berliner Schule, die erforderlich sind, um das Niveau der PISA-Spitzenreiter zu erreichen, wofür sich trefflich streiten ließe, der wird denen zustimmen, die das neue Fach erst ab Klasse 7 einführen wollen. Werden die Finanzen für die Rahmenbedingungen einer guten Schule und für ein neues Fach zugleich durchsetzbar sein?

ANZEIGE

Praxis für Heilkundliche Psychotherapie
Körperorientierte Psychotherapie für Einzelpersonen, Paare und Gruppen
Fabian Lenné
030 6904 1279 www.PfHP.de

Viergliedriges Schulsystem verändern

Die Differenzierung unserer Schulen ist praktisch und lerntheoretisch überholt.

von Prof. Dr. Hans Eberwein

Bildungssenator Böger warnte noch vor einem halben Jahr in Interviews und im Abgeordnetenhaus im Hinblick auf die Forderung nach Abschaffung des gegliederten Schulsystems vor einer „ideologisierten Strukturdebatte" wie in den 70er Jahren bzw. vor einer „Phantomdebatte". Auf dem Bildungsparteitag der SPD am 9.4.05 hatte Böger dem Antrag auf Einrichtung einer 10-jährigen Gesamt- bzw. Gemeinschaftsschule jedoch überraschend zugestimmt. Den Motiven für diesen Sinneswandel soll an dieser Stelle nicht nachgegangen werden. Es ist aber notwendig, dass die eigentlichen Befürworter dieses wichtigen Reformschritts in der SPD sowie die PDS und die GRÜNEN, aber auch die GEW, Eltern und LehrerInnen darauf achten, dass Böger die Umsetzung des genannten Beschlusses nicht verschleppt, sondern die Weichen dafür schon heute gestellt werden, besonders im Hinblick auf eine Novellierung des Schulgesetzes und die Erarbeitung eines neuen Lehrerbildungsgesetzes.

Worum geht es eigentlich bei dieser Strukturreform? Seit der früheren Gesamtschuldiskussion sind 30 Jahre vergangen. Sie fand vor dem Hintergrund bestimmter gesellschaftspolitischer Verhältnisse statt. Seither hat sich vieles verändert. So redet z. B. heute niemand mehr von einem Fachleistungskurs-System mit A-, B-, C-Kursen, da es als gescheitert gilt. An die Stelle äußerer Differenzierung sind Binnendifferenzierung und Individualisierung getreten. Gesamtschulen wie die Helene-Lange-Schule in Wiesbaden, die Laborschule in Bielefeld, die Glocksee-Schule in Hannover oder die Gesamtschulen in Göttingen-Geismar, Kassel-Waldau und in Köln-Holweide haben bei den Pisa- oder anderen vergleichenden Untersuchungen sehr gut abgeschnitten. Hier handelt es sich im Gegensatz zu früheren Gesamtschulkonzeptionen um integrierte, differenzierte, offene und flexible Schulsysteme mit heterogenen Lerngruppen, in denen gemeinsames Lernen ohne den Druck von Leistungsselektion und Separation mit dem Ziel der Überwindung früher Auslese, der Reduzierung von sozialer Benachteiligung und der Umsetzung von mehr Bildungsgerechtigkeit stattfindet.

Lernen im alten Stil? FOTO: JÜRGEN JUNKER

Das dreigliedrige Schulsystem (das eigentlich viergliedrig ist, weil die Sonderschulen als vierte Säule hinzukommen) basiert auf der veralteten Begabungs- und Lerntheorie, wonach es unter den SchülerInnen drei Begabungstypen gibt, den theoretisch begabten, der das Gymnasium besucht, den praktisch begabten, der in die Hauptschule geht, und den theoretisch-praktisch begabten, der vor allem für die Realschule geeignet ist.

Das deutsche Bürgertum hat das traditionelle Gymnasium mit Erfolg verteidigt. Bis heute verleiht es die Zugangsberechtigung zu Abitur und Studium. Seit Pisa wissen wir, dass Kinder aus der Oberschicht sechsmal so hohe Chancen haben, ein Gymnasium zu besuchen, als Kinder mit gleicher Intelligenz aus unteren sozialen Schichten; und dass nur etwa 35 Prozent aller SchülerInnen einen höheren Bildungsabschluss erreichen. Das gegliederte Schulsystem verteilt nach wie vor soziale Chancen und Berufschancen. Nach Darstellung der Bildungskommission der Länder Berlin und Brandenburg schlagen sozialschichtabhängige Leistungsunterschiede um so stärker durch, je früher SchülerInnen auf unterschiedliche Bildungsgänge verteilt werden. Außerdem ist die Übergangsmöglichkeit von einer Schulart in die nächst höhere, also die Durchlässigkeit der herkömmlichen Schulformen, sehr gering. Das viergliedrige Schulsystem missachtet die lerntheoretische Erkenntnis, dass Kinder vor allem durch Beobachtung und Nachahmung, d. h. also voneinander lernen; deshalb ist es besonders für schwächere SchülerInnen wichtig, dass sie Lernanreize und Entwicklungsimpulse von Mitschülern bekommen, die andere Lernvoraussetzungen, Lernerfahrungen, Interessen und Bedürfnisse haben. In modernen Schulsystemen ist daher Heterogenität bewusst gewollt. In gegliederten Schulformen wird zu Unrecht davon ausgegangen, dass es in den verschiedenen Schularten homogene Lerngruppen gibt

und dass dadurch größere Lernerfolge erzielt werden. Untersuchungen zur Differenzierung sowie Erfahrungen in integrierenden, differenzierenden Systemen widerlegen diese Annahme. Sie widerlegen auch die Befürchtung von aufstiegsorientierten Eltern, dass ihre Kinder in integrativen Schulen in ihrem Lernfortschritt gehemmt würden.

Die genannten Gründe, insbesondere die sozialen und lernpsychologischen Aspekte, sprechen für die Überwindung des viergliedrigen Schulsystems zu Gunsten gemeinsamen Lernens in einer Schule für alle. Dies kann freilich nicht bedeuten, dass alle SchülerInnen zur gleichen Zeit, mit den gleichen Mitteln das gleiche Ziel erreichen müssen. Die logische Konsequenz aus einem gemeinsamen, aber differenzierenden Unterricht ist die Forderung nach unterschiedlichen Abschlüssen. Die Festlegung so genannter Mindeststandards durch die KMK erschwert diese Entwicklung, aber auch die Förderung und Beurteilung individueller Lernprozesse.

In integrativen Schulen müssen sich LehrerInnen auf die Heterogenität von SchülerInnen einstellen. Das haben sie bisher nicht gelernt. Ihr schulformbezogenes Studium und die Existenz eines viergliedrigen Schulsystems vermitteln ihnen das Bewusstsein, dass SchülerInnen, die den Vorstellungen von (vermeintlich) homogenen Lerngruppen und bestimmten Leistungserwartungen nicht entsprechen, ausgesondert werden können. Die Sonderpädagogisierung von Lernproblemen widerspräche aber dem Konzept der Gemeinschaftsschule ebenso wie die Erhaltung des Lehramts an Sonderschulen. Künftig werden die bisherigen sonderpädagogischen Fachrichtungen jedoch als Wahlfach bzw. als Modul für Förderschwerpunkte wie Sehen, Hören, Sprache, Motorik usw. studiert werden können.

Wir wissen heute, dass der Normalschüler, der Durchschnittsschüler, eine Fiktion ist, denn jedes Kind ist anders, d. h. individuell spezifisch lernfähig. Dieser Sachverhalt erfordert eine veränderte Lehrerausbildung. Diagnostische Kompetenzen zur Beurteilung der Lernausgangslage, der Lernentwicklung und des Lernstandes von SchülerInnen sowie die Fähigkeit, mit Hilfe offener, flexibler Lernformen binnendifferenziert zu unterrichten und den selbsttätigen Lernprozess von SchülerInnen zu unterstützen, sind die wichtigsten Voraussetzungen. Auf dieser Erkenntnis basieren Reformschulen und Grundschulen, die gemeinsames Lernen praktizieren. Sie fordern deshalb seit langem eine inhaltliche Reform der Lehrerausbildung, die auch von Bachelor- und Master-Studiengängen sowie durch die Modularisierung von Studiengängen bisher nicht geleistet worden ist. Die Leiterin der Helene-Lange-Schule sagte einmal treffend: LehrerInnen müssen lernen, nicht Fächer, sondern Kinder zu unterrichten. In Berlin haben die Fachdidaktiken gegenüber den Erziehungswissenschaften ein viel zu starkes Gewicht.

Lehrerinnen und Lehrer müssen lernen, nicht Fächer, sondern Kinder zu unterrichten.

Im Hinblick auf eine Schule für alle, in der gemeinsames Lernen ohne Selektion stattfindet, wäre ein erster wichtiger Schritt, bei der Senatsschulverwaltung ein „Zentrum für inklusive Pädagogik“ (ZiP) einzurichten. Dies ist eine Beratungs-, Qualifizierungs- und Fortbildungseinrichtung, die als Service- und Koordinierungsstelle für integrativ arbeitende Schulen/Gemeinschaftsschulen, für LehrerInnen, Erzieherinnen, Schulsozialarbeiter, Schulpsychologen und Eltern zur Verfügung steht. In Hamburg existiert ein solches Zentrum seit mehr als 15 Jahren.

Berlin hat mit dem neuen Schulgesetz und dem Vorrang des gemeinsamen Unterrichts, der Einführung der flexiblen Schulanfangsphase mit dem Auftrag zur Nichtaussonderung von SchülerInnen, der Berücksichtigung von individuellen Lernmöglichkeiten eines jeden Kindes und dem Ausbau der Ganztagsschulen schulpolitisch richtige Wege eingeschlagen. Allerdings zeigt sich die Institution Schule für die neuen Aufgaben viel zu wenig vorbereitet, besonders hinsichtlich der zusätzlichen sozialen sowie migrantenspezifischen Probleme in Berlin. Ein Großteil der LehrerInnen und ErzieherInnen fühlt sich bei der Bewältigung der neuen Aufgaben allein gelassen, überfordert, ohne kollegiale oder schulaufsichtliche Unterstützung und wird von außen als faul und fortbildungsresistent eingestuft. In dieser Situation der Demotivation, der Angst und Verunsicherung auf der einen Seite sowie des Beratungs-, Qualifizierungs- und Fortbildungsbedarfs auf der anderen Seite, ist die Einrichtung des o.g. Zentrums unumgänglich. Diese schulpolitische Maßnahme ist auch deshalb erforderlich, weil den LehrerInnen in den letzten Jahren immer wieder neue Aufgaben zugemutet worden sind, ohne dass ihnen gleichzeitig das Gefühl vermittelt wurde, dass sie von ihrem Arbeitgeber eine gewisse Gegenleistung, z. B. in Form von Hilfe-/Service-Angeboten, erhalten. Wenn LehrerInnen Kinder nicht mehr aussondern oder sitzen lassen sollen, erfordert dies ein neues Rollenverständnis und zusätzliche Qualifikationen. Dafür brauchen sie die Unterstützung der Schulverwaltung. Es wird auch notwendig sein, die bisherigen Mittel für Sonderschulen sukzessive für die Arbeit in Gemeinschaftsschulen einzusetzen.

Schultüren öffnen: Schultypen müssen durchlässiger werden. FOTO: JÜRGEN JUNKER-RÖSCH

Aktion der GEW BERLIN unter dem Motto „Tretet die Bildung nicht länger mit Füßen" vor dem Landesparteitag der Berliner SPD am 9. April 2005 im Kongress-Zentrum am Alexanderplatz.

FOTO: TRANSIT/C.V.POLENTZ

VorklassenleiterInnen im Nebel

Ein persönlicher Erfahrungsbericht über die aktuelle Situation.

von Adelheid Melsheimer, Vorklassenleiterin

Es ist inzwischen allen Kolleginnen und Kollegen bekannt, dass die Vorklassen im nächsten Jahr nicht mehr existieren werden.

Es ist der Wille unserer Regierung, dass etwas Neues, nämlich die Schulanfangsphase, beginnt und dem sehen alle davon Betroffenen mit mehr oder weniger gemischten Gefühlen entgegen. Mir ist klar, dass in jedem Neuanfang ein Risiko – aber auch eine ungeheure Chance liegt und ich bin sehr geneigt, diese Chance zu sehen und zu nutzen:

Ich freue mich auf ein neues Aufgabengebiet, auf die Zusammenarbeit mit LehrerkollegInnen und auf die Möglichkeit, Schule neu zu gestalten. Dazu gehört für mich auch unser Projekt Ganztagsschule, in das ich mich bisher nach meinen Möglichkeiten mit Energie und Spaß eingebracht habe.

Natürlich ist mir klar, dass nun ganz einschneidende Veränderungen auf uns Vorklassenleiterinnen zukommen. Es ist vielleicht kein Zufall, dass unser Arbeitgeber die Gruppe der Vorklassenleiterinnen im Unklaren über die zukünftigen Arbeitsbedingungen lässt. Jedenfalls ist mir bis heute keine neue Arbeitsplatzbeschreibung bekannt. Das könnte man ja eventuell als Vorteil betrachten – dann hätte die einzelne Schule die Möglichkeit, selbst Modelle zum Einsatz der Vorklassenleiterinnen zu entwickeln. Ich bin der Meinung, dass es für uns ein großes Arbeitsfeld gibt, denn die Kinder unserer Altersstufe sind ja nicht verschwunden, es hat sich nur der organisatorische Rahmen verändert.

Inzwischen macht sich bei vielen Vorklassenleiterinnen der Eindruck breit, dass wir in Zukunft für Betreuungs- und Begleitungsaufgaben gebraucht werden.

Im gleichen Zusammenhang wird davon gesprochen,

- dass sich unsere Arbeitszeit drastisch ändern wird

• da wir keine Klasse führen werden, benötigen wir auch keine Vorbereitungszeit mehr
• wenn wir keine Fähigkeiten und Fertigkeiten mehr vermitteln, stehen uns auch keine Ferien zu
• unsere Gehaltsstufe kann nach der zehnprozentigen Kürzung, die wir ohnehin schon hinnehmen mussten, noch weiter abgesenkt werden.

Ich will hier nicht darüber jammern, dass sich etwas verändert. Vieles wird seit Jahren diskutiert und begleitet uns als Bedrohung schon länger. Ich will darauf hinaus, dass es an den Berliner Schulen eine gut ausgebildete Gruppe von Kolleginnen gibt, deren Wert nicht gesehen wird.

Meine Berufserfahrung

Ich kann das nur an meinem Beispiel aufzeigen und ich möchte es deutlich machen, indem ich ganz persönlich werde und hier einen Abriss über meinen Werdegang gebe. Ich hoffe, dass ich damit Ihre Geduld nicht überstrapaziere:

• Mit 18 Jahren übernahm ich ohne Ausbildung eine Stelle in einem Kindergarten mit 40 Plätzen, den ich fast drei Jahre lang leitete.
• 1968 begann ich mit der Ausbildung zur Erzieherin und wurde zwei Jahre später im Anerkennungsjahr stellvertretende Leiterin in einer Kita mit 75 Plätzen in Berlin-Steglitz, die ich, da sie neu gebaut worden war, einrichtete und in der ich bei Personalentscheidungen mitwirken konnte.
• 1973 wechselte ich an die Berliner Schule und führe somit seit 32 Jahren Vorklassen, zu Beginn im Doppelschicht-, später im Einschichtbetrieb.
• Damals versprach man uns den Fachlehrerstatus und bot uns Fortbildungen an: Ich nahm 1977 (wie viele andere vor und nach mir) an der Ergänzungsausbildung für Vorklassenleiterinnen an der PH teil und erwarb damit auch die Befähigung, in der 1. Klasse zu unterrichten.
• Es folgten viele weitere Fortbildungen in Mathematik, Deutsch, Musik, Sport, Kunst, Sachkunde, usw.
• Das Versprechen, den Fachlehrerstatus zu erhalten, wurde später von der SPD-Regierung nicht übernommen.
• 1992 bin ich mit einer Kollegin zur Hospitation in die freie Schule von Mauritius und Rebecca Wild nach Equador gefahren.
• 1993 habe ich die Montessori-Ausbildung gemacht.
• An der Lauterbach-Schule habe ich viele Jahre Integrations-Vorklassen geleitet, habe also Erfahrungen mit verhaltensgestörten, körperbehinderten und lernbehinderten Kindern.
• Viele Jahre lang nahm ich am Spinnentreffen teil, das Helene Buschbeck vom Pädagogischen Zentrum an der Lernwerkstatt der TU geleitet hat und wo es um binnendifferenzierten Unterricht ging.
• Seit Anfang 2000 mache ich eine Fortbildung in Gestalttherapie/ Gestaltpädagogik, die ich im Juni diesen Jahres abschließen werde

Ich habe dies an meinem Beispiel so ausführlich dargestellt, um aufzuzeigen, welche Ressourcen ungenutzt bleiben, wenn wir, wie wir befürchten, zur Begleitung und Betreuung abgestellt werden. Ich habe dies hier auch erwähnt, um zu zeigen, dass ich interessiert bin, an den neuen Aufgaben in der Schulanfangsphase mitzuarbeiten. Ich würde dies gerne als Kollegin tun, die Kompetenzen mitbringt und als gleichberechtigtes Mitglied im Team arbeiten möchte.

Ausblick in die Zukunft

Mein zukünftiges Arbeitsfeld stelle ich mir folgendermaßen vor:

Im Rahmen der Schulanfangsphase arbeite ich – wie bisher – mit den jüngsten Kindern. Darüber hinaus erteile ich DAZ-Unterricht, Förderunterricht, Arbeitsgemeinschaften. Ein Teil meiner Arbeitszeit müsste weiterhin Vorbereitungszeit sein. Die Betreuungszeit dürfte nur den geringsten Teil meiner Arbeitszeit ausmachen.

Ich habe über mich gesprochen, weil ich merke, dass ich mit der Zeit immer empfindlicher reagiere. Ich möchte, dass alle wissen, woher diese Empfindlichkeit kommt. Sie tritt auf, wenn ich plötzlich nicht mehr als Vorklassenleiterin, sondern als Erzieherin angesprochen werde. Sie tritt auf, wenn wir als Vorklassenleiterinnen in der Personalplanung nicht mehr vorkommen und wenn gesagt wird, dass die LehrerInnen die Unterrichtsvorbereitung und Planung übernehmen und wir uns um andere Aufgaben oder die Betreuung der Kinder kümmern können.

Ich weiß, dass wir die Vorgaben des Senators für Schulwesen nicht wesentlich beeinflussen können, dies können wir nur auf Gewerkschaftsebene versuchen. Und von allen Kolleginnen und Kollegen meiner Schule sowie von meiner Schulleitung wünschte ich mir einen sensibleren Umgang mit unserem Problem.

ANZEIGE

Zeugniserstellung leicht gemacht!

Berliner Zeugnisse

Das bewährte Programm „Berliner Zeugnisse" nimmt Ihnen die lästige Schreibarbeit ab. Sie geben nur noch die Daten ein, die Zeugnisse druckt Ihnen Ihr Computer. Das Programm wurde von Kollegen aus der Praxis entwickelt und ist seit mehr als sechs Jahren im Einsatz. Neben der reinen Zeugniserstellung stellt Ihnen „Berliner Zeugnisse" zahlreiche zusätzliche Funktionen wie Noten- und Klassenlisten, Fehlzeitenübersichten usw. für die Erleichterung ihrer täglichen Arbeit zur Verfügung.

Sie können das Programm aus dem Internet kostenlos herunterladen, um es ausgiebig auszuprobieren. Den Test können Sie mit Ihren echten Daten starten, denn alle Eingaben bleiben beim Einspielen der freigeschalteten Version erhalten. Sie finden das Programm auf unserer Homepage unter
www.gew-berlin.de/zeugnis.htm

Preise

Für GEW-Mitglieder gelten folgende Sonderpreise:

	Online	CD
Grundschule	17,-	25,-
Gesamtschule	37,-	45,-
Hauptschule	17,-	25,-
Realschule	17,-	25,-
Gymnasium	25,-	33,-

Preise für Nicht-Mitglieder unter www.gew-berlin.de/4547.htm, Kollegiumspreise (Mengenstaffel) auf Anfrage.

Die Freischaltung bzw. die Zusendung erfolgt nach Eingang der Zahlung. Updates werden kostenlos oder gegen eine geringe Gebühr im Internet bereitgestellt. Innerhalb eines Jahres nach Erwerb sind alle Updates kostenlos.

Bestellschein: bitte umblättern ⇨

ANZEIGE

Hiermit bestelle ich das Programm „Berliner Zeugnisse":

.....
(Name)

.....
Vorname)

.....
(Straße / Hausnummer)

.....
(PLZ Ort)

.....
(E-Mail)

☐ GEW-Mitglied: .....
(Mitgliedsnummer)

☐ CD-Version

☐ Online-Version

.....
(Schulart)

.....
Wie soll das Zeugnis unterschrieben werden?

Den Betrag von Euro ..... habe ich auf das Konto der GEWIVA, Konto-Nr. 15 42 92 95 00 bei der SEB-Bank Berlin (BLZ: 100 101 11) überwiesen.

.....
Ort/Datum

.....
Unterschrift

Berliner Zeugnisse

„Bildung hat Priorität, aber der Haushalt..."

Die Junge GEW im Gespräch mit Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses

von Michael Martin und Gerlind Schulte Berge (Junge GEW)

Als aus dem Hause Böger bekannt wurde, dass von den geplanten 1.050 Neueinstellungen von LehrerInnen unterm Strich gerade mal 114 übrig bleiben, entschloss sich die Junge GEW nicht nur frierend und Fähnchen schwingend ihren Missmut hierüber dem Straßenverkehr mitzuteilen, sondern den direkten Kontakt mit den politisch Verantwortlichen zu suchen. Wir formulierten einen offenen Brief an die Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses und forderten sie auf, zur Reduktion der geplanten Neueinstellungen Stellung zu beziehen und mit uns in den Dialog zu treten.

Eingeladen wurden wir schließlich von den schulpolitischen SprecherInnen der Fraktionen von CDU, FDP, PDS und Bündnis 90/Die Grünen im Zeitraum von Mitte Januar bis Mitte März diesen Jahres. Die SPD hat bisher – auch auf Nachfrage – leider nicht reagiert. Doch auch ohne SPD waren die Gespräche für uns noch überraschend genug. So haben wir in einem der Gespräche zur Kenntnis genommen, dass der Großflughafen Berlin-Schönefeld wohl doch nicht gebaut wird. Und das alles zugunsten der Berliner Bildung! Oh hoppla, oder haben wir da etwas verwechselt? Dies möge uns die geneigte LeserIn angesichts der überraschenden Statements der Fraktionsvertreter jedoch verzeihen. Die nun wohl hoffentlich erlangte Aufmerksamkeit wollen wir im Folgenden erhalten und einen Beitrag zur aktiven Wissensaneignung leisten – ganz so, wie wir Jungpädagogen es gelernt haben. Deshalb folgende Aufgabe: Von welchen Parteien stammen folgende Aussagen? Die Auflösung ist in den Fußnoten zu finden…

- Zur Zeit gibt es einen Überhang an Berliner Lehrkräften (1)
- 1000 Neueinstellungen sind nicht zu finanzieren (2)
- Es soll ein Einstellungskorridor geschaffen werden (3, 4)
- Wir unterstützen die Forderung der GEW nach Erhöhung der Zahl der Neueinstellungen (4)
- In den nächsten Jahren entstehen trotz Pensionierungswelle 4500 überflüssige Lehrerstellen (1)
- Die Stundenerhöhung für Lehrkräfte wird nicht zurückgenommen – „die ist ja gerade erst eingeführt worden" (1)
- Die Stundenerhöhung wird nicht vertreten (3, 4)
- Laut Senator Böger ist in dieser Legislaturperiode keine weitere Stundenerhöhung beabsichtigt (3)
- Die Pflichtstunden sollten wieder reduziert werden (4)
- „Geld allein bringt nichts, es muss effektiv eingesetzt werden!" (1)
- In der Regierungskoalition ist umstritten, ob Bildung auch finanziell Priorität haben soll (3)
- Finanzierung von Schule soll über Schülerkostensätze erfolgen (2)
- Wir plädieren für die Wiedereinführung der Lehrmittelfreiheit (4)
- Die Finanzierung der Bildung kann nur über Umfinanzierung realisiert werden, nicht über die Bereitstellung weiterer Mittel (2)
- Die Eigenverantwortung von Schule soll gestärkt werden (1, 2, 4)

Die Gespräche waren im Allgemeinen jedoch durchaus konstruktiv. Es wurden verschiedene Ideen zur Verbesserung von Schule und Unterricht angesprochen, die Gegenstand weiterer Diskussionen sein sollen. Deshalb ist eine zweite Gesprächsrunde mit den Fraktionen schon konkret geplant. Wer neugierig geworden ist: Die Protokolle der Gespräche können in Kürze auf den Seiten der Jungen GEW im Netz nachgelesen werden.

Sicherlich, wir wären ein bisschen weltfremd, wenn wir den Berliner Haushalt vergessen. Aber sind wir nicht viel mehr weltfremd, wenn wir die Berliner Bildung vergessen?

1) Bündnis 90/Die Grünen, 2) FDP, 3) PDS, 4) CDU

Die blz ist besser geworden

Repräsentative Befragung der LeserInnen stellt der Redaktion ein gutes Zeugnis aus.

von Klaus Will, blz-Redaktion

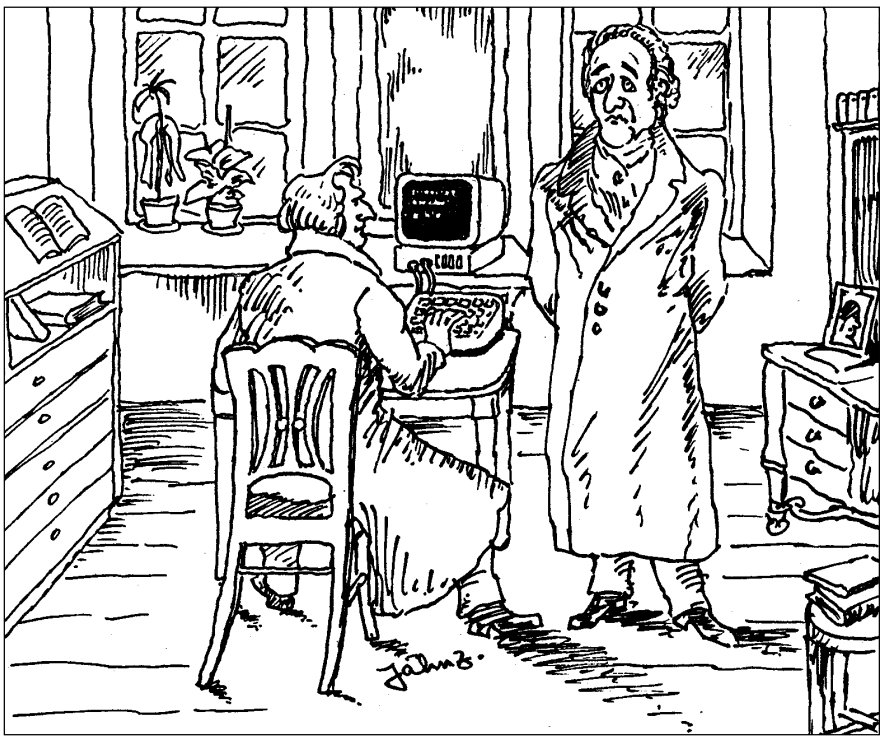
Laut unserer Umfrage vom Herbst 2004 lesen über 73 Prozent der Mitglieder regelmäßig die blz. Das sind fast fünf Prozent mehr als bei der letzten Umfrage im Jahr 1998. Gleichfalls zugenommen hat die Zufriedenheit mit dem Produkt blz: um über 11 Prozent auf jetzt 83 Prozent! Wir bedanken uns bei unseren LeserInnen für diese positive Rückmeldung.

Differenziert betrachtet gilt das Interesse und die gewachsene Zufriedenheit in erster Linie dem Inhalt, aber auch das neue Layout erhält gesteigerte Anerkennung. Demgegenüber fällt die Beurteilung der Bildqualitäten stark ab. Insbesondere die Titelbilder findet eine qualifizierte Minderheit von 21 Prozent „einfallslos". Das wollen wir ändern.

Das größte Interesse der LeserInnen gilt der Rubrik Schule: knapp 70 Prozent haben hier „starkes Interesse" angekreuzt. Mit etwas Abstand folgen dahinter die Titelgeschichte bzw. das Schwerpunktthema (53,4 Prozent) und die Rubrik Recht & Tarif (44,9 Prozent).

Um die 30 Prozent „starkes Interesse" können der Standpunkt, kurz & bündig sowie Sozialpädagogik für sich verbuchen. Ziemlich zwiespältig stehen unsere LeserInnen der Glosse gegenüber: fast 27 Prozent sind hier stark interessiert, aber über 30 Prozent äußern Desinteresse. Ganz hinten in der Rangliste stehen die LeserInnenbriefe und die Rubrik Leute: weniger als 20 Prozent interessieren sich dafür stark, aber über 30 Prozent interessieren sich für diese Rubriken gar nicht. Bei der Rangliste muss man allerdings die Mitgliederstruktur berücksichtigen: Die größte Mitgliedergruppe arbeitet in den Schulen und hat natürlich ein größeres Interesse an dieser Rubrik als an der Rubrik Sozialpädagogik oder Hochschule. Die Rangliste ist also auch stark geprägt von der Mitgliederstärke der jeweiligen Gruppe.

An über 2.000 Mitglieder der GEW BERLIN ist unser dreiseitiger Fragebogen geschickt worden. Unter den ersten 200 Rücksendungen wurden als Anreiz zehn Büchergutscheine der Büchergilde Gutenberg im Wert von jeweils 30 Euro verlost. Trotzdem blieb der Rücklauf unter unseren Erwartungen: nur 375 LeserInnen haben den Fragebogen zurückgeschickt, das ist eine Rücklaufquote von 17 Prozent. Das sind zwar drei Prozent mehr als bei der letzten Umfrage, aber zufrieden sind wir trotzdem nicht.



„Also ‚Über allen Wipfeln ist Ruh'...' Das nehmen wir mal in 10 Punkt Helvetica kursiv, 100 mm Spaltenbreite..."

Immerhin: Der Rücklauf reicht für eine repräsentative Umfrage, das zeigt auch die hohe Übereinstimmung zwischen der Mitgliederstruktur (Geschlecht, Alter, Fachgruppe) und der Struktur der Rücksendungen, aber mit einem besseren Rücklauf wären die Ergebnisse genauer und zuverlässiger. Ohnehin kann mit einem Fragebogen die Zahl der Nichtleser der blz nur unzureichend erfasst werden, da diese sich noch weniger an einer blz-Umfrage beteiligen als die LeserInnen. Der von uns ermittelte Anteil von 4,3 Prozent NichtleserInnen ist deshalb sicherlich höher anzusetzen – was aber nicht die Position der blz als wichtigstes Kommunikationsmittel der GEW schmälert: Selbst bei 30 Prozent NichtleserInnen erreichen wir mit einer Ausgabe um die 15.000 Mitglieder!

Bei unserer Frage nach der Wichtigkeit der unterschiedlichen Informationsangebote der GEW liegt die blz mit 83 Prozent an erster Stelle, gefolgt von der Bundeszeitschrift E&W (56 Prozent), den sonstigen GEW-Infos (52 Prozent) und – noch etwas abgeschlagen – der Internetseite der GEW (44 Prozent)

Vorstandswahlen

Am 25./26. Mai wird der neue Vorstand der GEW Berlin für drei Jahre gewählt.

Die KandidatInnen stellen sich vor

Nach über 12 Jahren kandidiert unser verantwortlicher Redakteur der blz Pit Rulff nicht mehr. Ebenso Thomas Isensee als Leiter des Referates B und Monika Rebitzki als Leiterin des Referates C. Sigrid Baumgardt möchte innerhalb des Vorstandes in eine andere Funktion wechseln. Über die Kandidaturen für den 1. Vorsitzenden und das Referat A gibt es erst nach dem Gewerkschaftstag der Bundes-GEW Ende April Klarheit. Erfreulicherweise gibt es neue Kandidaturen für die Referate B und D.

NN
Kandidatur für die Funktion der/des ersten Vorsitzenden

Rose-Marie Seggelke

Kandidatur für die Funktion der stellvertretenden Vorsitzenden.

Geboren 1947, Lehrerin mit dem Fach Sport seit 1970, freigestellt als Vorsitzende des Gesamtpersonalrats seit 1995, stellvertretende Vorsitzende der GEW BERLIN seit 1999.

Ich kandidiere erneut für diese Funktion, weil ich die mir besonders wichtige Aufgabe, die jüngeren Mitglieder der GEW für die Übernahme von Funktionen zu gewinnen, weiterführen will. In den kommenden Jahren werden sich viele FunktionsträgerInnen altersbedingt aus ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit zurück ziehen. Der gewerkschaftliche Nachwuchs muss ermutigt werden, Verantwortung in der GEW BERLIN zu übernehmen. Deshalb will ich mich auch in den kommenden drei Jahren verstärkt um die Mitgliederwerbung, -bindung und -aktivierung jüngerer PädagogInnen kümmern. Wir sind in der ablaufenden Wahlperiode hier ein gutes Stück vorangekommen. Der Organisationsgrad bei den LehramtsanwärterInnen liegt inzwischen bei 80 Prozent, die Junge GEW arbeitet sehr engagiert und zuverlässig.

Weitere Schwerpunkte meiner Arbeit werden in der Zusammenarbeit mit Eltern und SchülerInnen im Kampf gegen die Verschlechterungen im Bildungsbereich, in der Anpassung der innergewerkschaftlichen Strukturen an die veränderten Bedingungen und in der kritischen Begleitung der Umstrukturierung der LehrerInnenbildung liegen.

Hartmut Schurig

Kandidatur für die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden.

Geboren 1959, Mathematik/Physik-Lehrer, Gesamtschule, zur Zeit freigestelltes Mitglied im Personalrat Marzahn-Hellersdorf und Mitglied in der Bezirksleitung, Mitglied im Gesamtpersonalrat, seit drei Jahren stellvertretender Landesvorsitzender.

In Zeiten, da die Gewerkschaften Zielscheibe vielfältigster Angriffe sind und es mehr Mandate als Kandidaten auf allen Ebenen gibt, bin ich der Überzeugung, dass keine Gewerkschaften auch keine Alternative sind. Auch wenn es mancher gern so sähe, die Existenz sich widersetzender Gewerkschaften darf nicht zur Disposition stehen, die Arbeit muss getan werden. Aufgaben gibt es genug. Schnelle Erfolge sind aber nicht zu erwarten. Wir müssen das Funktionieren und die Wirksamkeit unserer Strukturen sichern, die Präsenz vor Ort ist (wieder) herzustellen. Hierbei stehe ich den Bezirksleitungen mit meiner Arbeit zur Verfügung.

„Eine Schule für alle“, das könnte der bildungspolitische Schwerpunkt der nächsten Wahlperiode sein. Das Ziel ist benannt und Beschlusslage der GEW. Die konkrete Ausprägung dieser Schule und der Weg dorthin mit Blick auf die Arbeitsbedingungen unserer KollegInnen muss jetzt beraten werden. Der linke SPD-Flügel hat uns hierzu eine Steilvorlage geliefert. Gemeinsam mit den Elternvertretungen können wir einen wichtigen Schritt voran kommen.

Der Rahmen für unsere gewerkschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten hängt maßgeblich von den konkreten politisch-parlamentarischen Konstellationen ab. Der Paradigmenwechsel der SPD ist ursächlich für viele Schwierigkeiten der Gewerkschaften. Den neoliberalen Reformlösungen mit Marschrichtung in die unsoziale Marktwirtschaft müssen alternative politische Konzepte entgegengesetzt werden. Kurz: wir müssen zeigen, dass es doch anders geht. Hierzu wird es Bildungs- und Diskussionsangebote geben. Erhöhung der Kampfkraft durch Präsenz vor Ort und Einflussnahme auf die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen, das sind die wesentlichen Ziele, für die ich mich einsetzen werde.

Peter Baumann und Dieter Haase

Kandidaturen für den Bereich Schatzmeister.

Peter Baumann (53 Jahre, stellvertretender Schulleiter an der Hermann-Ehlers-Oberschule) und Dieter Haase (49 Jahre, Lehrer an der 3. Gesamtschule in Mitte) haben als Team in den vergangenen drei Jahren den Bereich der Finan-

zen in der GEW BERLIN geleitet. In diesem Zeitraum ist es gelungen, die Einnahmen und Ausgaben des Landesverbandes im Gleichgewicht zu halten. Dies ist angesichts des politischen und gesellschaftlichen Gegenwindes, dem die Gewerkschaften seit einigen Jahren ausgesetzt sind, von besonderer Bedeutung. Die seit mehreren Jahren fehlenden Neueinstellungen im Bildungsbereich erschweren im Hinblick auf die Mitgliederzahlen die Lage zusätzlich. In den kommenden Jahren müssen die weitere Konsolidierung des Haushaltes und eine verstärkte Mitgliedergewinnung und Mitgliederbindung Schwerpunkte sein. Die wirtschaftliche Verwendung der Beiträge war und wird im Zentrum unserer Aufmerksamkeit stehen, denn die GEW BERLIN soll auch bei stagnierenden oder sinkenden Einnahmen im vollem Umfang gewerkschaftspolitisch handlungsfähig bleiben.

NN
Kandidatur für das Referat A (Angestellten- und Beamtenpolitik)

Hans-Jürgen Rausch

Kandidatur für das Referat B (Schul- und Bildungspolitik)

Geboren am 11.11.1953, Studium der Heil- und Sonderpädagogik mit den Fächern Lernbehindertenpädagogik, Körperbehindertenpädagogik und Geschichte in Köln.

Mitglied der GEW bin ich seit 1974, seit 1979 Mitglied der LVV/LDV, in den achtziger Jahren Vorsitzender der Fachgruppe Sonderschulen, Mitarbeit in vielen Arbeitsgruppen des Referats B, Bezirksleitung Kreuzberg bzw. bis April d. J. Vorsitzender im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, Personalrat seit 1996.

Seit 1978 bin ich als Sonderschullehrer im Ortsteil Kreuzberg tätig – seit 1992 ausschließlich an Grundschulen. Entgegen der seit Jahren von Bildungspolitikern aller Couleur betriebenen Stärkung der Sondereinrichtungen, bin ich nämlich immer noch überzeugt, dass die konsequente Nichtaussonderung behinderter Kinder der einzig wirkungsvolle Weg zu einer gesellschaftlichen Integration sein kann. Der dafür notwendige Ausbau sonderpädagogischer Förderung und Differenzierung in der allgemeinen Schule muss weiterhin einer der Schwerpunkte gewerkschaftlicher Forderungen sein.

Für den GLV kandidiere ich erstmalig. An dieser Stelle möchte ich drei Arbeitsfelder benennen, die meiner Meinung nach im Referat B (wieder) bearbeitet werden sollten:

1. Schutz des Schulgesetzes vor seinen Autoren
2. Vernetzung und Neuaufbau bildungspolitisch arbeitender Initiativen und Fachgruppen innerhalb der GEW
3. Schulreform und Arbeitsbelastung

NN
Kandidatur für das Referat C (Schulrecht, Bildungsfinanzierung)

Michael Martin

Kandidatur für das Referat D (Ausbildung, Weiterbildung und Personalbedarf)

Geboren 1967, abgeschlossene Ausbildung zum Studienrat mit beruflicher Fachrichtung, zur Zeit Promotionsstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung. Mitglied der GEW Berlin seit 1996, bisherige Funktionen in der GEW als Landesstudierendensprecher, Leiter der AG LehrerInnenbildung, Mitglied der Jungen GEW sowie in diversen Arbeitsgruppen.

Zum zweiten Mal wurde mir nun angetragen, das Referat D der GEW Berlin zu leiten. Dies wohl auch, weil ich mich seit meiner Studienzeit mit dem Themenfeld LehrerInnen(aus)bildung auf verschiedenen Ebenen beschäftige. Entsprechend soll, im Falle meiner Wahl, die Verknüpfung und sinnvolle Ausgestaltung der drei Phasen der LehrerInnenbildung im Mittelpunkt meiner Arbeit stehen.

Vor dem Hintergrund der für angehende LehrerInnen in Berlin nun (leider) obligatorischen Bachelor- und Masterstudiengänge, welche konsekutiv zum Ersten Staatsexamen führen, soll die inhaltliche und organisatorische Mitgestaltung dieser Studiengänge ein Schwerpunkt meiner Arbeit sein. Als Doktorand im Gebiet der Fachdidaktik an der Humboldt-Universität sitze ich dabei „vor Ort". Inhaltlich wünsche ich mir die Unterstützung durch den LASS, denn die Reform darf nicht „top down" an den Betroffenen – nämlich an den StudentInnen – vorbei oktroyiert werden.

Untrennbar damit verknüpft ist die angedachte Neugestaltung des Referendariats, wobei es gilt, die teils haarsträubenden Ideen aus dem Hause der Senatsbildungsverwaltung in eine der Ausbildung förderliche und den ReferendarInnen gerechte Struktur zu bringen. Für die inhaltliche Mitgestaltung des Referendariats möchte ich vor allem auch die Kompetenzen der Jungen GEW einbeziehen. Zudem sollten meine eigenen Erfahrungen aus dem noch nicht allzu weit entfernten Referendariat als auch meine Kontakte zu Seminar- und Schulleitern hilfreich sein.

Im Rahmen der „Qualitätssicherung" rücken auch verpflichtende Fortbildungsveranstaltungen für LehrerInnen immer häufiger in den Fokus der Diskussion zur LehrerInnenweiterbildung. Welcher organisatorische Rahmen für solche Fortbildungen geschaffen werden muss und welche Inhalte dabei für uns LehrerInnen von besonderem Interesse sind, möchte ich mit KollegInnen innerhalb als auch außerhalb der GEW diskutieren. Hieraus sollen konkrete Vorstellungen zur Realisation sinnvoller Fortbildungsmaßnahmen entwickelt werden.

Natürlich muss die Reform der LehrerInnenbildung auch mit der Einstellung junger Lehrerinnen und Lehrer einhergehen, denn diese müssen die Chance erhalten, ihre erworbenen Fähigkeiten und ihr Engagement in die Berliner Schule einzubringen.

Für diese Ziele stehe ich als Referatsleiter zur Verfügung, wobei ich meiner tiefen Leidenschaft „LehrerInnenbildung" professionalisiert nachkommen möchte.

Rainer Hansel

Kandidatur für das Referat E (Hochschule und Forschung)

Geboren 1953, Diplom-Mathematiker, Dr. rer. nat., seit 1976 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der HU Berlin, Vorsitzender des Personalrates des Hochschulbereiches der HU seit 1992. Seit 1990 Beisitzer im Vorstand der Abteilung Wissenschaft, seit 1999 Leiter des Referates Hochschule und Forschung.

Die letzten Jahre waren und sind von widersprüchlichen Tendenzen geprägt. Im Wissenschaftsbereich sind wichtige Dinge wie Veränderungen in der Personalstruktur, Neukonzipierung der Befristungsregelungen für wissenschaftliche MitarbeiterInnen auf der Bundesebene begonnen worden. In Berlin sind vor allem über die Hochschulverträge die Rahmenbedingungen gesetzt worden – und natürlich mit den rigiden Kürzungen. Konkret sind die Aufkündigung der tariflichen Bindungen und die Eingriffe in die Hochschulverträge zu bewältigen gewesen.

Im Hochschulbereich haben wir es gemeinsam geschafft, dass die Hochschulen wieder über tarifvertraglich ausgestaltete Arbeitsbedingungen verfügen, wobei Lösungen vereinbart wurden, die auch aktuell bei der Auseinandersetzung um den neuen TvöD und wissenschaftsspezifische Elemente nutzbar sein werden. Im Personalvertretungsbereich haben wir in den Hochschulen bei den letzten Wahlen gute Ergebnisse erzielen können.

Wir werden als Bildungsgewerkschaft gemeinsam klären müssen, wie wir neue oder verschärft gestellte Fragen aufgreifen und beantworten. Ich will dazu meinen Teil beitragen, insbesondere mit einem tarifpolitischen Schwerpunkt, einem beteiligungsorientiertem Zugang zur Lösung bildungspolitischer Konflikte. Verstärkt wird aber auch die Rolle der einzelnen wissenschaftlichen Einrichtungen und die Gestaltung der Bildungs- und Beschäftigungsbedingungen vor Ort von uns genutzt werden müssen, um Mitglieder an die GEW zu binden und neue zu gewinnen.

Klaus Schroeder

Kandidatur für das Referat F (Jugendhilfe und Sozialarbeit).

Geboren 1954, Lehrer mit den Fächern Sozialkunde, Chemie und Arbeitslehre; tätig als freigestelltes Vorstandsmitglied im Gesamtpersonalrat Schulen seit 1995. Mitglied in der GEW seit 1974; verschiedene Funktionen in der GEW auf Bezirks- und Landesebene; seit 1999 Leiter des Referats F.

Ich kandidiere für eine dritte Wahlperiode als Leiter des Referats F, um die begonnenen Arbeiten fortzusetzen und weil die Tätigkeit auch (manchmal) Spaß macht. Die Arbeit im Referat bezieht sich auf den Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder sowohl der kommunalen wie der freien Träger, die Schulsozialarbeit, die Projekte der Kinder- und Jugendarbeit, die Hilfen zur Erziehung, die Aus-, Fort- und Weiterbildung von SozialpädagogInnen und vieles mehr.

Für die Tageseinrichtungen für Kinder ist mittlerweile bundesweit erkannt, dass Kitas Bildungseinrichtungen sind und als erste Stufe im Bildungswesen eine Bedeutung haben, die nicht zuletzt nach PISA nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Es sind allerdings in Berlin einige Steine aus dem Weg zu räumen, damit die Kita als Bildungseinrichtung mit Leben erfüllt werden kann und die beabsichtigten Strukturänderungen (Errichtung von kommunalen Eigenbetrieben und weitere Übertragung von Kitas in freie Trägerschaft) nicht das Gegenteil erreichen.

LANDESDELEGIERTEN-VERSAMMLUNG (LDV)

Mit Neuwahl des Vorstandes
der GEW BERLIN am 25./ 26. Mai
in der Fachhochschule
für Verwaltung und Rechtspflege
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

Für die Schulsozialarbeit gilt Ähnliches. Wir befinden uns mitten in einem unprofessionell gesteuerten Prozess der Verlagerung der Hortangebote in die Schulen. Es ist noch nicht entschieden, ob der Zug in eine unterstützenswerte Richtung (Ausbau der Schulen mit sozialpädagogischen Bereichen zu Ganztagsschulen) oder gegen die Wand (Reduzierung der Qualität und Quantität des vorhandenen jugendhilfegetragenen Hortangebots) fährt.

Bei der Ausbildung von SozialpädagogInnen ist die Durchsetzung der ErzieherInnenausbildung an der Fachhochschule längst überfällig. Ebenso ist der Erhalt der Kinder- und Jugendprojekte und der Angebote bei den Hilfen zur Erziehung (z.B. auch Jugendaufbauwerk) weiterhin ebenso auf der Tagesordnung wie die Absicherung und Weiterentwicklung der Arbeitsverhältnisse der dort Beschäftigten.

Diese Beispiele machen deutlich, dass es im Bereich des Referats F noch viel zu tun gibt. Die GEW will und muss zu einer profilierten Bildungsgewerkschaft werden. Dafür setzte ich mich weiter ein.

Rosemarie Pomian

Kandidatur für die Leitung des Referats G (Berufliche Bildung und Weiterbildung)

Geboren 1951, Lehrerin an einem kaufmännischen OSZ (Wirtschaftslehre/ Deutsch/Sozialkunde), in der GEW seit 1982. Mehrere Jahre Fachgruppenvorsitzende kaufmännische Schulen und Vorsitzende des Landesausschusses für berufliche Schulen. Bis Juni 1995 im Personalrat Steglitz, seit Juni 1995 vollfreigestellt im Personalrats der Dienstkräfte an berufsbildenden Schulen bzw. zentral verwalteten und berufsbildenden Schulen, seit 2001 Vorsitzende des Personalrats.

Ich bin seit sechs Jahren Mitglied des GLV und kandidiere für eine weitere Wahlperiode. Für den Bereich Weiterbildung fällt mir diese Entscheidung nicht leicht, weil mir leider die Wahl eines kontinuierlich arbeitenden Leitenden Ausschusses der Fachgruppe Erwachsenenbildung nicht gelungen ist. Da ich selbst zu wenig Kenntnisse zur Arbeit der DozentInnen in der Erwachsenenbildung habe, bin ich aber auf „Zuarbeit“ angewiesen, die ich zuverlässig von den Mitgliedern einer kleinen Kerngruppe bekomme, denen ich sehr herzlich danke.

Ich sehe folgende Arbeitsschwerpunkte für die Arbeit im Referat G in den nächsten Jahren:

- Zusammenarbeit mit den anderen Einzelgewerkschaften, insbesondere mit der IG Metall, ver.di und IG BAU, sowie dem DGB Berlin-Brandenburg in Fragen der dualen Ausbildung und der vollschulischen, über- und außerbetrieblichen Berufsausbildung.
- Stärkung des dualen Ausbildungspartners Schule, insbesondere im Hinblick auf eine notwendige Diskussion zur Qualität der Berufsausbildung, Sicherung der Lehrerfort- und -weiterbildung für die Berufsbildner/innen
- Werbung für den „Nachwuchs“ als Lehrkraft an berufsbildenden Schulen, Weiterentwicklung von beruflichen Per-

spektiven für Lehrkräfte ohne volle Lehrbefähigung
• Schulentwicklung der berufsbildenden Schulen bei konstant zu geringem Ausbildungsplatzangebot und steigenden Schülerzahlen in vollzeitschulischen Bildungsgängen
• Entwicklung eines Netzwerkes zu den neuen Landesgremien der berufsbildenden Schulen gemäß Schulgesetz
• Mitarbeit in Gremien und Arbeitsgruppen der GEW auf Bundesebene
• Soziale Absicherung für die KollegInnen in der Weiterbildung bei den Volkshochschulen und den privaten Schulen der Berufsbildung und beruflichen Weiterbildung in Zusammenarbeit mit dem Vorstandsbereich berufliche Bildung und Weiterbildung
• Stärkere Teilhabe der GEW-Mitglieder in der Erwachsenenbildung an Entscheidungsprozesen innerhalb der GEW Berlin
• Einsatz für ein Weiterbildungsgesetz im Land Berlin

NN
Kandidatur für die Funktion der LeiterIn der Pressestelle

Sigrid Baumgardt

Kandidatur für die redaktionelle Leitung der blz

Jahrgang 1959, Lehrerin an der John-F.-Kennedy-Schule in Steglitz-Zehlendorf.

Die blz begleitet mich und ich sie nun schon seit fast sechs Jahren im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit als Pressesprecherin. Ich habe in dieser Zeit nahezu immer an den Schlussredaktionen teilgenommen und an den jährlich stattfindenden dreitägigen Redaktionsseminaren. Über die blz werden Infos verteilt, Stellung bezogen, Meinungen ausgetauscht, Themen aus verschiedenen Perspektiven beleuchtet. Sie ist das Bindeglied zwischen den verschiedenen von der GEW vertretenen Berufsgruppen und zwischen der externen und internen Öffentlichkeitsarbeit. Mein Ziel ist es, dass sich in der blz-Redaktion ein repräsentativerer Proporz der Mitglieder engagiert und JournalistInnen stärker als bisher die blz als Hintergrundmaterial für ihre Berichterstattung nutzen.

Was bringe ich in die Arbeit ein? Ich kenne aus eigener Erfahrung Arbeitslosigkeit und ABM-Tätigkeit. Ich habe als Jugendbildungsreferentin in der außerschulischen politischen und kulturellen Jugendbildung gearbeitet und bin seit nunmehr gut neun Jahren als Lehrerin tätig. Ich war aktiv in der Bezirksleitung Zehlendorf und Mitglied des bezirklichen Personalrates und im Gesamtpersonalrat. Nicht zuletzt bringe ich mein Erfahrungen aus sechs Jahren Pressesprecherin der GEW BERLIN mit ein. Wie alle altere auch ich und bin jetzt nicht mehr unter vierzig, sondern schon sechs Jahre darüber.

Abschließend ein Dank an Pit Rulff für seine langjährige Arbeit für und mit der Redaktion, an die seit vielen Jahren treuen Redaktionsmitglieder, aber natürlich auch an die Neueren in der Redaktion. Sie haben mir die Entscheidung, für dieses Amt zu kandidieren, stark erleichtert.

ANZEIGE

BIOLOGIE ZUM ERLEBEN EXPERIMENTE ZUM STAUNEN

Spannende Laborkurse für Schulklassen 7 bis 13

Wollen Sie mit Ihren Schülern in einem echten Labor spannende Experimente zu verschiedenen biologischen Themen durchführen?

Besuchen Sie uns im Gläsernen Labor in Berlin-Buch.

GENLABOR
· Erbsubstanz zum Anfassen: Isolierung von DNA
· Simulation der klassischen DNA-Analyse in der Gerichtsmedizin
· Genetischer Fingerabdruck mittels Polymerase-Kettenreaktion

WALDLABOR
· Die Grüne Blattfabrik – Abläufe und Experimente zur Fotosynthese
· Der Boden lebt – Arbeitstechniken zum Fangen und Bestimmen von Bodentieren, Anzüchten von Bodenpilzen und Bodenbakterien

NEUROLABOR
· Verloren im Fingerlabyrinth: Finde den Weg durch Versuch und Irrtum
· Verzerrte Welt: Orientierungstraining mit der Prismenbrille
· Potenzialmessungen: Chemische und Elektrische Grundlagen an Membranen

... und viele weitere Experimente

Weitere Informationen und Kurse unter **www.glaesernes-labor.de** sowie **www.berlin-buch-gesundheitsregion.de**

Anmeldungen unter: Claudia Jacob/Berlin-Buch Management GmbH
Tel: 030 – 94 89 29 30 E-Mail **cjacob@bbb-berlin.de** Gefördert durch: TSB TECHNOLOGIESTIFTUNG INNOVATIONSSTIFTUNG BERLIN EFRE

Senioren in der GEW Pankow

Mit einem abwechslungsreichen Jahresprogramm gelingt eine erfolgreiche Mitgliederbindung.

von Anneliese Slateff, Seniorenausschuss

Akive Senioren. FOTO: MANFRED VOLLMER

In der Bezirksleitung beraten wir zu allen anderen wichtigen pädagogischen Problemen in den Bildungseinrichtungen und als Interessenvertretung aller dort Beschäftigten, wie wir unsere Mitglieder an die Gewerkschaft binden. Viele haben das Vertrauen verloren und treten aus.

Wir vertreten 161 SeniorInnen

Zurzeit haben wir in der GEW Pankow 161 SeniorInnen. Wir im Seniorenausschuss sind der Meinung, eine zahlenmäßig starke Gewerkschaft hat auch größere Mittel zur Erreichung ihrer Forderungen. Es ist nicht immer leicht, unseren Senioren die Gewissheit zu geben, die GEW ist auch noch nach ihrem Berufsleben ihre Gewerkschaft. Sie vertritt ihre Belange, was z.B. die Renten betrifft, und leistet auch rechtlichen Beistand, wenn nötig. Was tun wir, um die ältere Generation an die GEW zu binden? In jedem Monat ist eine lang geplante Veranstaltung der verschiedensten Art im Angebot. In diesem Jahr zum Beispiel ein Theaterbesuch anlässlich des 200. Todestages Schillers, der 50. Jahrestag des Tierparks in Berlin, das Mitmachmuseum für Kinder, das Kunstgewerbemuseum in Köpenick, das Kunstzentrum in Dahlem Dorf, ein geführter Besuch durch einen Teil Kreuzbergs und ein Spaziergang entlang der Panke mit einem Besuch des Schlosses Niederschönhausen. Wir begehen im März den internationalen Frauentag, haben Gesprächsrunden über unsere zukünftigen Renten und Probleme unserer Zeit und beschließen das Jahr immer im November mit einem Rückblick und einem Ausblick aufs nächste Jahr. Hier sind wir alle auch sehr lustig, erfreuen uns an einem gebotenen Programm und stellen schon den neuen Entwurf vor. Nicht immer sind die Senioren in der Lage, an Veranstaltungen teilzunehmen. Die Gründe sind vielfältig: Krankheit, hohes Alter, Wetter u.ä.

Jubiläen sind wichtige Anlässe

Damit die Verbindung zu den ältesten Mitgliedern nicht aufhört, gratulieren wir persönlich zum Geburtstag mit einem Blumenstrauß: den 70-Jährigen, den 75-Jährigen. und den ab 80-Jährigen. Diese Zahl ist nicht unerheblich, es sind ca. 30. Die Bezirksleitung hat es zu einer schönen Tradition gemacht, die 50-jährige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft immer an einem Sonnabend im November zu ehren und zu feiern. Wir haben in diesem Jahr 15 Jubilare. Rechtzeitig erhalten die Betreffenden eine persönliche Einladung zum Frühschoppen, damit sie sich diesen schönen Vormittag im Kalender vormerken können. Bei einem reichhaltigen und abwechslungsreichen Frühstück werden auch Gedanken und Meinungen mit anderen eingeladenen Gästen ausgetauscht. Es sind auch die Kollegen dabei, die 25 Jahre in der Gewerkschaft geblieben sind und u.a. Vertreter des Personalrates. Diese Veranstaltung findet immer wieder Zustimmung, denn nicht selten trifft man alte Kollegen wieder und kann mit ihnen schwatzen. Wir Ausschussmitglieder setzen Energie und Zeit auch mit persönlichen finanziellen Ausgaben für das Wohl unserer Senioren ein, auch gerade deshalb, weil wir oft das Gefühl und auch die Erfahrung haben, dass diese Altersgruppe die geringste Aufmerksamkeit in der Gesellschaft erfährt. Zum Schluss eine Bitte an die Mitglieder in den päd. Einrichtungen, ihre Kollegen, die in den sog. Ruhestand gehen, für die weitere Mitgliedschaft zu gewinnen. Wir freuen uns über jeden Zuwachs in unseren Reihen.

MAN MÖCHTE NOCH MAL SCHÜLER SEIN

SeniorInnen in der GEW Mitte übernehmen Schulpartnerschaften

In einer Veranstaltung unserer Bezirksgruppe machte uns die Schulleiterin Katrin Babbe neugierig auf ihre Schule im Wedding, die Erika-Mann-Schule. Ungefähr 80 Prozent ihrer SchülerInnen kommen aus 19 Nationen. Am 24. Februar 2005 wurden wir freundlich empfangen. Die Schule ist eine Augenweide – sauber, jeder Flur gestaltet, kein Klingelzeichen, teilweise wird bei offener Klassentür unterrichtet. Die Flure selbst werden in den Unterricht mit einbezogen. Die Vision der Katrin Babbe hat sich auf fast alle übertragen. Auch bei „Vera“ schneiden die 4. Klassen gut ab. Es knüpfen sich erst Bande zwischen uns SeniorInnen und dieser Schule. Wir bringen Bücher für die Schulbibliothek mit, werden zu Veranstaltungen eingeladen und einer von uns will eine AG „Philatelie“ gründen. Ein neuer Schritt in unserer Tätigkeit.

Gerda Albinus, Vorsitzende des Bezirksseniorenausschusses Mitte

Open Air: Theater Strahl mit dem Stück „Romeo und Julia". Nicht umsonst, aber ab 7. Juni draußen. FOTO: THEATER STRAHL

THEATER KRITISCH GESEHEN

Im **Carrousel** überzeugt *„Romeo und Julia"* durch Tempo und Intensität der Aktionen; musikalische Elemente helfen (die seltsamen Songs freilich nicht, sie halten die Handlung auf); die Kostüme sind eher ein buntes, belangloses Sammelsurium. Nach der Pause hat es die Aufführung schwieriger: sie ist zu lang; die Spannung wird nicht mehr gehalten; die Story (bei einer Erstbegegnung mit Shakespeare) ist nicht mehr ganz verständlich.
„Faust" im **Deutschen Theater** ist karg, schlank, auf Sprache gestellt, rhetorisch brillant, darstellerisch intensiv, von bestürzender Gegenwärtigkeit. Die Geschichte von Faust und Gretchen wird als bekannt vorausgesetzt; nicht durch Lektüre vorbereitete Schulklassen sollten vorab mindestens mit dem Schüler und Valentin, dem Bruder Gretchens, vielleicht auch mit Wagner bekannt gemacht werden (bei guter Vorbereitung und Verständnis für Sprache ab 9. Klasse).
Die **Gorillas** haben ihr *5. Internationales Impro-Festival* erfolgreich über die Bühnen gebracht; besondere Schülervorstellungen gab es bei den **Vaganten**; Abendveranstaltungen (Begegnungen der teilnehmenden Gruppen in der Improvisation) vor allem im **Ratibor**. Zugleich wurde eine besondere Aktion gestartet: die in Kanada sehr erfolgreichen „improv games" auch in Berlin zu verbreiten; sie sind nicht nur ein unterhaltsamer Spaß, sondern als Eigenaktivitäten und Erfahrungsraum für Schüler auch pädagogisch sinnvoll. Zu fragen ist nur, ob sie unbedingt über Wettbewerb transportiert werden müssen (nähere Infos unter www.die-gorillas.de).
„Casting in Kursk" im **theater 89** zeigt heutiges Russland – freilich nicht sehr weit von deutscher Gegenwart entfernt. Reale Lebensumstände werden bis zur Groteske entwickelt: eine fantastische Arbeitsmöglichkeit im fernen Singapur lässt eine Gruppe von Frauen zum Casting drängen. Ihre Unterschiedlichkeit ermöglicht vielfache Einblicke in soziale Situationen; trotz Wettbewerb und Konkurrenz solidarisieren sich die Frauen miteinander, sind auch in Notsituationen noch handlungsfähig – ihre Männer dagegen eher Versager (ab 10. Klasse).
„Zerbombt" in der **Schaubühne** lebt von der Kunst seiner Dialoge, die komplizierte Beziehungen umspielen; inhaltlich ist es letztlich sehr simpel, breitet krüde Details in szenischen Aktionen aus, kontrastiert sie mit opulenter Ausstattung und dem spektakulä-

INSTITUT FÜR MUSIKTHERAPIE
WALDHÜTERPFAD 38 • 14169 BERLIN
Pädagogik allein reicht oft nicht!
Berufsbegleitende Aus-/ Weiterbildung Sozialtherapeutische Musikarbeit für Sonder-/ PädagogInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen ect.
www.musiktherapieberlin.de
INFO-TEL.: 030 - 813 50 80

Supervisionsgruppe
für Lehrer/innen hat noch freie Plätze
Info: **Ina Kaufmann**
Dipl.Päd. / Supervisorin (DGSv)
Tel: 030/ 693 68 90, e-mail:
ina.kaufmann@t-online.de

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Angela Krapp-Achtzehn, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
☎ 313 28 93 e-mail: DAPBerlin@aol.com

(Ver-)Änderungen selbst gestalten
Supervision, Coaching, Beratung für Einzelne und Gruppen
Gestalt-Organisationsberaterin, Dipl.Soz.Päd. Petra Gänsicke-Voss
Tel.: 030-82 70 68 33

GUT BEI STIMME
Haben Sie manchmal einen trockenen Hals, empfinden Sie Anstrengung beim Reden?
Machen Sie Ihre Stimme fit für den Lehrer-Alltag.
Infos: Dr. Kwiatkowski,030-7 91 27 06
www.drkwiatkowski-seminare.de
Seit 15 Jahren Feldenkraispädagoge.

KLINIK NIKOLASSEE
Private Fach-Akutklinik
Innere Medizin - Kardiologie - Psychotherapie - Neurologie
Leitung: Dr. med. Thomas Bodemann, Internist - Dipl. Psychologe
- Herz-Kreislauf-Erkrankungen
- Alkohol- u. Tablettenmissbrauch
- Depressionen
- Angstzustände
- Panikattacken
- Schlafstörungen
- Schmerzen/Fibromyalgien
- Schwindelzustände
- nervöse und Erschöpfungszustände/ Burn-out-Syndrom

Private Kassen · Beihilfe · Postbeamten-B
24-Std. Akutaufnahmen! ☎ 803 09 10
14129 Berlin · Von-Luck-Str. 3 · www.klinik-nikolassee.de

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN
Von hier an geht es aufwärts!
HOTLINE: 07221/39 39 30
Privatklinik für psychologische Medizin Mit Fachabteilung für Essstörungen
In einer Stadt mit besonderem Flair und Ambiente bieten wir einen individuellen und erfolgreichen psychotherapeutischen Ansatz zur Behandlung psychischer Konflikte und Erkrankungen, von der Diagnostik bis zur Therapie!
Indikationen: Depression, Angst- und Paniksyndrom, Belastungsreaktionen, Schlafstörungen, **Essstörungen,** Zwänge, Erschöpfungssyndrom („Burn-out"), Schmerzen
Kostenübernahme: Privatversicherungen, Beihilfe, PBeaKK
Gunzenbachstr. 8, **76530 Baden-Baden**
Fax: 07221/39 39 350 • **www.leisberg-klinik.de** • info@leisberg-klinik.de

DER BALL IST RUND

FOTO: DAVID BALTZER/ ZENIT

Heinrich-Wolgast-Preis für GRIPS-Stück *„Der Ball ist rund"*. Der Heinrich-Wolgast-Preis, den das Bildungs- und Förderungswerk der GEW alle drei Jahre durch eine Jury der AG Jugendliteratur und Medien (AJuM) verleiht, geht 2005 zum ersten Mal an ein Theaterstück. Die Jury bestand aus Ute Wolters/Berlin, Hannelore Verloh/Hessen, Reinhold Lüthen/Niedersachsen. Die Preisverleihung an Thomas Ahrens vom GRIPS-Theater fand im Rahmen des Gewerkschaftstages am 24. April 2005 in Erfurt statt.
Vordergründig geht es ums Fußballspielen, Karrierewünsche, Verliebtsein und Schulalltag. Eine Klasse probt während der Projektwoche ein Stück, dass die weltweite Herstellung einer Jeans thematisiert. Nico, Fußballer und Schüler der Klasse, bekommt vom Sportartikelhersteller Gigas einen Werbevertrag. Sportlehrer Strebe bemüht sich bei Gigas um einen Sponsorenvertrag für die Schule. Bei der Festveranstaltung, bei der der neue Sponsor vorgestellt wird, gelingt es Nicos Freundin Hira die Veranstaltung platzen zu lassen. Die Klasse übernimmt die Regie in der Projektwoche und zeigt, wie Gigas die Preise weltweit aushandelt. Dabei steht Gigas für die Global Player: Nike, Adidas, Boss, Benetton, Reebock.
Die Mischung an Informationsvermittlung über wirtschaftspolitische Zusammenhänge, Liebesgeschichte, Schüleralltag, Fußballbegeisterung und Familiengeschichte wirkt sehr überzeugend, reizt zum (Nach-) Spielen! Außerdem provoziert das Stück zur Diskussion: über die Herkunft der eigenen Schuhe, über die Zusammenhänge von billigen Klamotten und den Produktionsbedingungen in Südostasien, Lateinamerika oder China. Über Arbeitslosigkeit hier und Arbeitsverlagerung nach China und nicht zuletzt über die Rolle von Gewerkschaften: haben sie überhaupt noch eine Chance angesichts der Übermacht des internationalen Kapitals? *Ute Wolters*

Ahrens, Thomas: Der Ball ist rund. Ein Globalisierungskrimi für Menschen ab 10. Textbuch hrsg. v. GRIPS-Theater, Berlin 2003
Das Materialheft zum Stück ist eine Fundgrube zum Thema Globalisierung. Unbedingt lesen und anschauen. Das Stück gibt es auch als Video im GRIPS. Die Rezensionen der Empfehlungsliste und weitere Tipps mit Kinder- und Jugendbüchern zum Bereich Arbeitswelt unter www.ajum.de oder im Materialheft 50 der AjuM. Im GEW-Haus erhältlich.

ren Zusammenbruch des Bühnenbildes. Auch wenn gerade das Thema Gewalt behandelt wird: empfehlenswert finde ich die Aufführung nicht. Klarer und differenzierter (auch komplizierter) ist *„Frauen.Krieg.Lustspiel"* im **Orph-Theater**. Das schon 1988 von Thomas Brasch geschriebene Stück – ein „männlicher" Text also – wird sehr bewusst nur von Frauen aus weiblicher Sicht gespielt. Das ergibt eine szenisch spannende, intensive Auseinandersetzung mit Krieg und Gewalt, aber auch mit dem EIGENEN weiblichen Körper; die Aufführung hinterlässt (mit sehr viel einfacheren Mitteln als in der Schaubühne) einen starken Eindruck und bietet einen herausfordernden Impuls für gründliche Diskussionen (Sek II). *Hans-Wolfgang Nickel*

THEATER

Grips Theater
Bella, Boss und Bulli (ab 6): 17./30./31.5. und 1./2.6. jeweils um 10 Uhr; .
Lena in der Wüste (ab 5, Schiller-Werkstatt): 18./19.5. um 11 Uhr; 21.5. um 16 Uhr.
Linie 1: 18. bis 21.5. und 27./28.5. jeweils um 19.30 Uhr.
Nellie Goodbye (ab 15): 23./24.5. um 18 Uhr; 25./26.5. um 11 Uhr.
Hallo Nazi (ab 15, Schiller-Werkstatt): 24. bis 26.5. jeweils um 11 Uhr.
Der Ball ist rund (ab 10): 3.6. und 6.6. um 16 Uhr; 4.6. um 16 Uhr.
Die Faxen dicke (ab 8): Das neue Grips-Stück rund um das Thema „Hyperaktivität". Am 7./8./9.6. um 10 Uhr.
Baden gehen: 10./11.6. um 19.30 Uhr.
Grips-Theater, Altonaer Str. 22, 10557 Berlin, Tel. 397 47 4 77 oder 397 47 40 und www.grips-theater.de

Atze Theater- und Konzerthaus für Kinder
Die kleine Meerjungfrau: Nach dem gleichnamigen Märchen von Hans-Christian Andersen. Musiktheaterstück für Kinder ab 5. Anlässlich des 200. Geburtstages des dänischen Autors bringt ATZE eine Bühnenversion seines vielleicht bekanntesten Märchens. Termine: jeweils um 10 Uhr am 17./18.5; 20.5.; 23.5. und 26./27.5. Ort: Luxemburger Straße 20 (Max-Beckmann-Saal), 13353 Berlin, Karten und Infos: Tel. 817 99 188

Theater Strahl
Warum trägt John Lennon einen Rock?: 30./31.5. und 2.6. um 11 Uhr in der Theater Strahl Probebühne (Kyffhäuser Straße 23)
Die Einzigartigen: Eine Künstlergruppe auf dem Weg nach oben und dann... kommt die Neue. Hin und her gerissen zwischen Gruppenzwang und Individualität, zwischen Traum und Wirklichkeit steht jeder allein. Eine Ensembleproduktion mit Artistinnen von CIRQUE GOSH, Frankreich. Am 31. 5 um 19 Uhr; am1., 2. und 3. 6. um 11.00 Uhr. Spielort: Die Weiße Rose, Berlin-Schöneberg, Martin-Luther-Str. 77.
Romeo und Julia: 7.6. um 10 und 19 Uhr; 8.6. und 9./10.6. um 10 Uhr. (Weiße Rose)
Stones: 8./9.6. um 11 Uhr in der Strahl Probebühne (Kyffhäuser Straße 23)
Tickets und Infos Tel. 695 99 222 oder www.theater-strahl.de

FORTBILDUNG

Gewerkschaftliche Bildung
In folgenden Seminaren der GEW

ANZEIGE

Ihr gutes Recht

Darf mein Schulleiter unangekündigt meine Unterrichtsstunde besuchen? Wie ist das mit der Anordnung von Mehrarbeit? Muss ich bei Smog-Alarm in der Schule anwesend sein? Mit dem Berliner Recht für Schule und Lehrer finden Sie die Antwort im Handumdrehen! Nur wer seine Rechte kennt, kann sie auch geltend machen! Ein Abonnement des Berliner Recht für Schule und Lehrer hilft dabei.

Papierfassung: 57 Euro* · CD-Rom: 47 Euro*

*für Nichtmitglieder 10 Euro mehr
Bei Zusendung zusätzlich 8 Euro Versandkosten

GEWIVA · Ahornstr. 5 · 10787 Berlin · Tel. 21 99 93-62

BERLIN sind noch Plätze frei. Bitte schnell anmelden!

- **Achtung!** Terminänderung! *„Open Space"* in der Menschenrechtserziehung und Antidiskriminierungsarbeit [051-S-14], jetzt 25.05., 9-16.30 im GEW-Haus, Kosten für Mitglieder: 10 Euro, Nichtmitglieder 30 Euro.
- *„Fit für Funktionsstellen"* – das neue Schulgesetz [051-S-33], 26. 05., 15.30-19 Uhr im GEW-Haus (nur Mitglieder)
- *„Gute Erfahrungen Weitergeben"* – das Seminar für alle Vertrauensleute an Schulen [051-S-36], 09.-11.06. in Schmöckwitz
- *„Wie sage ich es meinen Eltern/SchülerInnen?"* – Mitwirkung nach dem neuen Schulgesetz – Seminar für LehrerInnen [051-S-37] im GEW-Haus, Kosten für Mitglieder: keine, Nichtmitglieder 25 Euro.

Seminare in Zusammenarbeit mit „Schule ohne Rassismus"

- *„Open Space in der Menschenrechtserziehung und Antidiskriminierungsarbeit"* mit Sanem Kleff am 25.05.
- *„Islam und Islamismus im Schulkontext"* mit Claudia Dantschke, Sanem Kleff am 25.08.
- *„SchülerInnen mit muslimischen Hintergrund"* (Aufbauseminar) mit Sanem Kleff am 01.09.
- *„Diskriminierung erkennen und verhindern"* mit Sanem Kleff, Günter Langer am 23.09.
- *„Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung"* mit Sanem Kleff, Bastian Finke, Christof Zirkel am 21.10.
- *„Islamistischer Antisemitismus"* mit Claudia Dantschke, Sanem Kleff am 15.12.

Mehr Informationen im Internet unter http://www.gew-berlin.de (Veranstaltungen/Seminare).
Anmeldung: Karte mit Namen, Adresse, Telefon, Seminarnummer und Seminartitel an die GEW BERLIN oder per E-Mail (info@gew-berlin.de.), per Telefon (21 99 93 0/ Öffnungszeiten beachten) oder per Fax (21 99 93 50).

„Globalisierung" im Unterricht

Wie in einem Brennglas lassen sich am Beispiel der Fußballherstellung in Pakistan exemplarisch globale Zusammenhänge verdeutlichen. Die Schüler lernen die Rollen und wechselseitigen Einflussmöglichkeiten der unterschiedlichen Akteure kennen und setzen sie sich mit ihrer eigenen Verantwortung in der „Einen Welt" auseinander. Für Lehrkräfte der Sekundarstufe. Am Freitag, 3. Juni von 9 bis 16 Uhr im EPIZ. Referent: Peter Bleckmann (Veranstaltung 05.1-393/10 Euro pro Teilnehmer). Anmeldung über LISUM: www.lisum.de. Das EPIZ erreichen Sie in Berlin Kreuzberg, Urbanstraße 71, 10967 Berlin, Tel. 692 64 18/19, E-Mail EPIZ-Berlin@t-online.de, www.EPIZ-Berlin.de.

AKTIVITÄTEN

Sommerzeltlager für Kinder und Jugendliche in Schweden

Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken fährt vom 14.7. bis 4.8.2005 wieder in ihre Falkenrepublik, die dieses Jahr auf der Insel Bolmsö in Schweden stattfindet. Das Zeltlager für Menschen zwischen 6 und 20 wird von ehrenamtlichen Jugendlichen organisiert und durchgeführt. Die Falken gehen schwimmen, spielen Fußball, singen am Lagerfeuer, batiken T-Shirts, erleben Kino unterm Sternenhimmel oder eine Nachtwanderung. Das Ganze kostet 380 Euro. Weitere Infos und Anmeldeflyer unter www.falken-berlin.de oder Tel. 2 80 51 27.

Deutsch-Israelisches Seminar der GEW

Vom 31. Juli bis 5. August 2005 findet in Bonn das 22. Deutsch-Israelische Seminar der GEW und der Histradrut in Bonn statt. Teilnehmen können GEW-Mitglieder, die im pädagogischen Bereich arbeiten und bereit sind, mit ihrem Beitrag das Seminar aktiv mitzugestalten (Vortrag/Präsentation/Workshop). Themen: 1. Konfrontation mit der Shoa im Unterricht und 2. Die deutsch-jüdische Geschichte im Laufe der Jahrhunderte (Unterrichtsprojekte gerne auch am Beispiel regionaler Forschung). Willkommen sind LehrerInnen aller Unterrichtsfächer, aber auch andere Interessierte aus Hochschule, Erziehung und Fortbildung. Bitte melden mit Angaben zum Arbeitsfeld und Bezug zum Thema bei Till Lieberz-Groß, GEW-Hauptvorstand, Postfach 900 409, 60444 Frankfurt, Fax 069/7 89 73-103

Gedenkstättenfahrt nach Polen im Oktober

Für Menschen zwischen 15 und 26 veranstalten die Berliner Falken im 60. Jahr nach der Befreiung vom Faschismus eine Gedenkstättenfahrt nach Auschwitz-Birkenau. Sie gehen dort auf Spurensuche, sprechen mit Zeitzeugen, schauen Dokumente an und denken gemeinsam über das Gesehene und Gehörte nach. Kosten voraussichtlich 120 Euro. Infos und Anmeldeflyer unter www.falken-berlin.de oder Tel. 2 80 51 27.

MATERIALIEN

Der Auschwitz-Prozess auf DVD

Das Fritz-Bauer-Institut hat in Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau die kompletten 430 Stunden Tonbandaufnahmen, die während der Frankfurter Auschwitz-Prozesse 1963 bis 1965 gemacht wurden, transkribiert und jetzt auf einer DVD zugänglich gemacht. Gedruckt hätten die über 5.000 Seiten rund 60 Bücher gefüllt. Außerdem enthält die DVD 100 Stunden Hörbeispiele von Zeugen- und Täteraussagen und weitere Dokumente (Gutachten, Studien, Fotos etc.). Die DVD-ROM kostet 49,90 Euro und ist erhältlich bei: Directmedia Publishing GmbH, Möckernstraße 68, 10965 Berlin, Tel.7890460, Fax 78904699 oder info@digitale-bibliothek.de, www.digitale-bibliothek.de

Deutscher Kolonialismus in Afrika

Der Reader bietet eine Auswahl von historischen und aktuellen Texten (Zeitungsartikel, Aufsätze, Lyrik) mit Quellenzitaten und Bildern zur deutschen Kolonialgeschichte und ihren Auswirkungen. Da in der Geschich-

Natur zum Anziehen
SEIDE – LEINEN – BAUMWOLLE
SCHWARZES SCHAF
direkt am S-Bhf. Lichterfelde Ost
Jungfernstieg 4 B · 12207 Berlin
Telefon 7 72 53 56 · Gertrud Hillmann
Mo. - Fr. 10-18, Sa. 9-13 Uhr.
!!! AUCH GROSSE GRÖSSEN !!!
!!! NEUE KOLLEKTION !!!

ISTANBUL
Pension. Lehrerin bietet für Dame an: Erholung, Kultur, Shopping, Ausflugs-Begleitung, u.n. Anfrage Türkisch und Kochen. Sehr gepflegte klimatisierte private Wohnung am Meer m. traumhaft. Blick. Anm. bis 20. Mai: 030 463 81 02 u. 0179 66 01 753 Danach: 010150090 216 489 94 10 u. 0544 222 1234

Praxis für Dermatologie und Allergologie
Prof. Dr. med. Beate Tebbe
Am Roseneck
Allgemeine Dermatologie
- Akne
- Haarausfall
- Hautkrebs
- Nagelerkrankungen
- Psoriasis
- UV-Lichttherapie

Allergologie
- Allergietests
- Ekzeme
- Hyposensibilisierungen
- Nahrungsmittelallergien
- Neurodermitis
- Sonnenallergie

Tel.: 030/820 07 83
Fax: 030/820 07 84
www.Prof-Tebbe.de
Privat und Privatkassen

Lieben Sie Bücher?
Wollen Sie sich beruflich verändern? Renommiertes Berliner Versandantiquariat zu verkaufen! Einarbeitung gewährleistet. Exposé anfordern:
gumbel@t-online.de

Vereins- & Schul-T-Shirts
ab 25 Stück
3,95 € pro Shirt
1 Seite bedruckt
Gestaltung kostenlos
Menge: ab 100 Stück
Druck: schwarz
T-Shirt: weiß
Andere Farben und Auflagen auf Anfrage!
INSIGNUM WERBEAGENTUR
Tel. 030-755 16 950 Fax - 955

RÜCKENPROBLEME?
www.Naturheilpraxis-City-West.de
Tel. 8 61 49 71 • Kantstr. 34

te Namibias und Tansanias die Praxis deutscher Kolonialherrschaft sowie der Widerstand afrikanischer Völker besonders deutlich wird, beschränkt sich der Reader bewusst auf diese zwei Länderbeispiele. Der Reader eignet sich besonders für Fachunterricht und Projektarbeit der Sekundarstufe I und II. Bezug für 2,50 Euro: EPIZ, Urbanstr. 71, 10967 Berlin, Tel. 692 64 18/19, EPIZ-Berlin@t-online.de.

Lesben und Schwule in der Schule

Der GEW-Ratgeber „Raus aus der Grauzone – Farbe bekennen. Lesben und Schwule in der Schule" informiert über den Stand der rechtlichen Gleichstellung von Lesben und Schwulen in der Gesellschaft und im Schuldienst. Der Ratgeber richtet sich an Personal- und Betriebsräte, Gleichstellungsbeauftragte, lesbische Lehrerinnen und schwule Lehrer, Schulleitungen und Schulverwaltungen und Interessierte. GEW-Mitglieder können die Broschüre über ihre Landesverbände erhalten. Abrufbar auch über die Internetseite www.gew.de und die Internetseite www.schwulelehrer.de

LesePeter

Im Monat Mai 2005 erhält den LesePeter das Kinderbuch *Katharine Scholes/Quint Buchholz: Die Nacht der Vögel, Ravensburger 2005,128 S., 9,95 Euro (ab 10 Jahre).* Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes, aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) ist im Internet unter www.AJuM.de oder www.LesePeter.de abrufbar.

Zukunft Bildung

Das „Bochumer Memorandum" vom Februar 2005 zur Reform des Bildungswesens unterzeichnet u.a. von Marianne Demmer und Eva-Maria Stange (GEW) sowie den Bildungswissenschaftlern Klaus Klemm und Hans-Günter Rolff ist im Internet zu finden unter www.gew-nrw.de

Von Navajos und Edelweißpiraten

Bis Ende Februar war im Kölner NS-Dokumentationszentrum die Ausstellung „Von Navajos und Edelweißpiraten" zu sehen. Auf der Internetseite des NS-Dokumentationszentrums Köln (www.nsdok.de) ist diese Ausstellung über die verfolgten oppositionellen Jugendgruppen jetzt gut dokumentiert. Neben Informationen über Entstehung und das weitere Schicksal der Jugendgruppen haben Kölner Musiker die Lieder der sangesfreudigen Jugendlichen neu eingespielt und interpretiert: Von den „Hohen Tannen" bis zu den „Wilden Gesellen vom Sturmwind durchweht". Die Lieder kann man sich dort auch gleich anhören (Button „Es war in Shanghai" anklicken) oder/ und die CD für 15 Euro bestellen. Zusatzinformationen gibt es dazu als Buch und auf DVD. Sehr empfehlenswert und für Musiklehrkräfte ein besonders heißer Tipp!

INTERNET

Internetauftritt der Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe

Die Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (AGJ) bietet unter www.agj.de ein Informations- und Serviceangebot auch zu aktuellen Fragen und Entwicklungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland widmet. Auf mehr als 30 Webseiten gibt es Informationen u.a. über Organisations-, Finanzierungs- und Rechtsfragen in der Kinder- und Jugendhilfe, Kinder- und Jugend-(hilfe)politik in Europa, Qualifizierung, Forschung, Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe.

UN-Kinderrechtskonvention

Unter www.national-coalition.de können Informationen und Dokumente zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland abgerufen werden.

STELLENBÖRSE

Tauschpartner/in gesucht! Biete Stelle an Grund- und Hauptschule im Großraum Hannover. Suche Stelle an Hauptschule in Berlin. Tel.0179/4939025

Lehrkräfte für Mittel- und Osteuropa, Türkei und Frankreich gesucht. Verbeamtete DeutschlehrerInnen (Sek I und Sek II) können sich für einen einjährigen Einsatz in Polen, Tschechien und der Türkei (Istanbul) bewerben. Der Einsatz kann auf bis zu sechs Jahren verlängert werden. Die Entsendung erfolgt über das „Anadolu"-Programm. Es sind Stellen am renommierten Cagaloglu-Gymnasium in Istanbul zu besetzen. Bewerbungsunterlagen über Senatsbildungsverwaltung (I E 4). Für Frankreich werden noch Grundschullehrkräfte für den Austausch für die Dauer von einem Jahr gesucht. Eine Verlängerung ist möglich. Info: Tel. 9026-5945 oder 9026-5620.

Suche für eine vielfältig profilierte GS (OGB, JüL, Integration, ETEP, DaZ, PC, ESL ...) im Wedding einen Tauschpartner, um nach Pankow wechseln zu können: Tel./Fax 944 17 944

Biete Beamtenstelle an einer Realschule in Oberbayern am Chiemsee. Fächerverbindung Sport/weibl., Biologie oder auch Sport/weibl., Englisch oder Englisch/Deutsch oder Englisch/ Erdkunde. Kontakt: rcvs.vogt@t-online.de

Lenau-Schule Kreuzberg (Tel. 818 588- 11, -12) sucht NachfolgerIn für eine 3. Klasse. Die Kinder sind es gewohnt nach Wochenplan zu arbeiten. Selbstständigkeit, Eigenverantwortung, projekt- und handlungsorientiertes Lernen und gegenseitiges Hilfe sind wichtige Unterrichtsbestandteile. Fünf verschiedene Herkunftssprachen sind in der Klasse vertreten. An der Schule herrscht ein gutes Betriebsklima. Ansprechpartner: Hannes Frank/ Karin Biel über Lenau-Schule.

ANZEIGE

www.kinderferiendorf-forellenhof.de
info@kinderferiendorf-forellenhof.de

Klassenfahrt
Forellenhof · 25785 Nordhastedt

eigenes Hallenwellenbrandungsbad

Herrliches Gelände (15 ha) in freier Natur zum:

- *Spielen, Toben, Lernen*
- *Schwimmen im eigenen Hallenbad*
- *Reiten – drinnen und draussen*
- *Kutschfahrten • Tischtennisspielen*
- *Fuß-, Basket- und Volleyball*
- *Tobplätze, eigener Aufenthaltsraum*
- *Angelteiche • Lagerfeuerplatz*
- *Gutes Essen: viel Frisches, wie Obst und Gemüse, Kuchen und Trinken*
- *1 Grillabend und 1 Pizzaabend*
- *alles inklusive*
- *Montag – Freitag (4 Mahlz.) 86 Euro*
- *Lehrerfreiplätze*

Hamburg
das Tor zur Welt

Tauschmöglichkeit
für Lehrer/in an Sonderschulen

Nähere Informationen über:
Frau Münzberg 030 90295 5019
Frau Damaschke 030 47377641
Herrn Heither 040 2277604

Darlehen supergünstig *1) nominal **2,50%** ab **2,90%** effektiver Jahreszins
30-jährige Beraterkompetenz
Hypotheken- & Beamtendarlehensdiscounter
Vermittlungskosten frei
Beamtendarlehen supergünstig, z. B. Beamtin a. L. oder unkündbare Angest., 40 Jahre, 14 Jahre Laufzeit, bei 30 000,– €, mtl. *318,– €, bei 60 000,– €, *633,– € Rate, *jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie. Festzinsgarantie ges. Laufzeit 5,70%, effektiver Jahreszins 6,22%, b. 14 Jahre. Superangebote auch zu Lfz. 12 Jahre und 20 Jahre. Kürzere Laufzeit bei Gewinnanteilsverrechnung. *1) Extradarlehen nominal 2,50% ab 2,90% effektiver Jahreszins ab Zuteilung mit neuem Bausparvertrag. Supergünstige Annuitätenhypotheken, Beleihung bis 100% plus EHZ.
AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen
www.ak-finanz.de, Telefax: (06 21) 51 94 88, Faxabruf: (06 21) 62 86 09
Tel. 0800/1000 500

KLASSEnREISEN

Super-Auswahl an Zielen in ganz Europa – zum Beispiel:

Toscana, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 209,-
Spanien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Kroatien, 8 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 199,-
Griechenland, 10 Tage, Halbpension, Ausflüge ...	ab € 359,-

Oder Österreich ... Holland

Städtereisen Berlin, Prag, Rom, London ....

KLASSE REISEN GmbH
Württembergallee 2 • 14052 Berlin
Tel. (030) 303083-6 • Fax (030) 303083-77
www.klasse-reisen.com

Katalog unter: 030-303083-6

Pfingsten • Sommer • Herbst

Ägypten: mit Kreuzfahrten auf Nil u. Nasser-See
Chinas Höhepunkte: mit Yangtse-Kreuzfahrt
Italien: Golf v. Neapel/Kalabrien/Sizilien
Laos/Kambodscha: Tempel, Klöster u. Pagoden
Zypern: Wandern und Erholen
Spanien: Andalusien intensiv u. mit Muße
Südindien: Reisfelder, Tempel u. Paläste
Thailands Süden: Nationalparks u. Inselstrände
Außerdem: Nepal/Tibet, Portugal, Türkei

www.koegelreisen.de
Lothar Kögel Studienreisen | 12207 Berlin, Hartmannstraße 30 | Tel. 771 30 10, Fax 771 30 133

Studienreisen / Klassenfahrten

8-Tage-Busreise z.B. nach		10-Tage-Busreise z.B. nach	
Wien	ÜF 192,– Euro	**Südengland**	Ü 213,– Euro
Budapest	ÜF 192,– Euro	**Toskana**	Ü 202,– Euro
London	ÜF 254,– Euro	**Südfrankreich**	Ü 230,– Euro
Prag	ÜF 199,– Euro		
Paris	ÜF 224,– Euro		
Rom	ÜF 238,– Euro		

(Unterbringung in Selbstversorgerunterkünften)

Alle Ausflugsfahrten inklusive!
Flug- und Bahnanreise sowie andere Ziele (z.B. Ferienparks in den Niederlanden oder Belgien) auf Anfrage möglich!

REISEBÜRO KRAUSE GMBH • MÜNSTERSTR. 55 a • 44534 LÜNEN
TELEFON (0 23 06) 7 57 55-0 • FAX (0 23 06) 7 57 55-49 • www.rsb-krause.de

Verlockende Reisen

Marokko Wanderkarawane ab 1650 €
Gomera Wandern & Relaxen ab 1249 €
Buchen Sie Sonne & Schnee – bei uns gibt es auch den neuen Darjeeling Tee. Flüge und Fähren – weltweit und preiswert!

LockeToursBerlin
Bundesallee 115 | 12161 Berlin
Tel. (0 30) 8 52 30 30 | Fax 8 52 40 71

MODERNE KOMFORT-FERNREISEBUSSE

von 8 – 74 Sitzplätzen mit Aircondition, Video, Küche, WC, Telefon, Skikorb, Fahrradanhänger
Ihr Partner mit über 20 Jahren Erfahrung, geschultes und erfahrenes Fahrpersonal mit zertifiziertem Sicherheitstraining.

PRIMA KLIMA REISEN
www.primaklima.de
Tel. 030-68 40 98-40 · Fax -20
pkr-bus@bln.de

Unvergessliche Klassenreise auf Reiterhof i. d. Lüneburger Heide, auch andere Tiere vorhanden. Fußball-Volleyballplatz, Tischtennis, Billard, Lagerfeuer, Nachtwanderung, Reithalle, Ausritte, Sauna, Platz für 34 Schüler/innen 2. -10. Klasse. Individuelle Betreuung. Video anfordern. VP incl. 5 Reitstd. Mo.-Fr. 140,- Euro.
Bienenbüttel
Tel. 0 58 23/73 67
www.hoflust.de

Jugendgästehaus Osterode am Harz (Nds.)
direkt am Wald gelegen, 5 Min. zur Altstadt, 125 Plätze, Lehrerfreiplätze, div. Pauschalangebote ab 51 € für 4 Nächte incl. Programm und HP. Veranstaltungs- und Seminarräume für bis 200 Personen.
Tel.: 0 55 22/55 95, Fax 68 69,
jgh.oha@t-online.de,
Info: www.jugendgaestehaus.osterode.de

italiacasale.de
Der Ferienhaus Spezialist
Manteuffelstr.5a | 12203 Berlin | 030.308 20 408

CTS
Gruppen- und Studienreisen GmbH
CTS · Herforder Straße 75 · 32657 Lemgo
Tel. 05261/2506-0 · Fax 05261/16300
E-mail: info@cts-reisen.de
Internet: www.cts-reisen.de

Costa Brava
Vamos a la playa!
8 Tage ab € 110
www.cts-reisen.de

Tel. (030) 30 30 83-0
BUSART-TOURS
Das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
GmbH
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de
Württembergallee 2 | 14052 Berlin
Fax (030) 303083-55

GRENZENLOS REISEN

Busse für jede Gelegenheit
Stadtrundfahrten
Gruppenreisen
Klassenfahrten
Firmenservice
Transfers

Grenzenlos Reisen
Straße 22 Nr. 2-10, 13509 Berlin
Fon: 0 30-43 00 48 0
Fax: 0 30-43 00 48 79

propolis BAUGESELLSCHAFT MBH

ZIMMEREI
Neubau • Umbau • Altbau
Hausschwammsanierung

MAUREREI
Putz- u. Stuckarbeiten
Denkmalpflege • Sanierung:
Balkon, Keller, Schornstein

INNENAUSBAU
Holzfußböden
Kleinreparaturen
Schimmelpilzsanierung

INGENIEURBÜRO
Statik • Bauphysik • Gutachten ...

Oranienstr. 19a • 10999 Berlin
Tel. 614 10 50 • Fax 61 60 93 75

Propolis Farbenladen 615 24 64
Mo.-Fr. 10-18 Uhr

BUTTON MASCHINEN

GRAPH DRUCKULA
e-mail: info@graph-druckula.de

VERLEIH · VERKAUF · PRODUKTION

Buttons entwerfen per Mausklick!
Anleitung herunterladen, Button selbst gestalten, gewünschte Auflage drucken, Buttonmaschine ausleihen und los gehts... **Ideal für Schulfeste, Kunstunterricht, bei der Jugendarbeit, Basaren, Vereinsfesten.**
Lassen Sie sich Ihre Maschine rechtzeitig reservieren!
www. graph-druckula.de

Graph Druckula GmbH
Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin Kreuzberg
Fon (030) 694 016 20
Fax (030) 694 016 25

GEW IM MAI/JUNI

16. Mai	17.00 Uhr	**Netzwerk erwerbssuchender AkademikerInnen**	Raum 32
18. Mai	10.00 Uhr	**SeniorInnenausschuss**	Raum 33
19. Mai	14.00 Uhr	**SeniorInnenausschuss**	Raum 47
	15.00 Uhr	**Lesekreis**	Raum 34
	15.00 Uhr	**Arbeitslose in der GEW**	Raum 34
	17.00 Uhr	**Betroffenenkreis**	Raum 34
23. Mai	17.00 Uhr	**Netzwerk erwerbssuchender AkademikerInnen**	Raum 32
	18,00 Uhr	**Junge GEW**	Raum 34
24. Mai	17.00 Uhr	**AG Gesundheitsschutz**	Raum 47
25. Mai	17.30 Uhr	**AG Schwerbehinderte**	Raum 34
26. Mai	16.15 Uhr	**WIP-Rat**	Raum 34
	18.00 Uhr	**Kita-AG**	Raum 34
	18.00 Uhr	**Koop-AG**	Raum 33
28. Mai	15.00 Uhr	**AG Volkshochschul-DozentInnen**	Raum 33
30. Mai	15.30 Uhr	**AG Bildungsfinanzierung**	Raum 34
	17.00 Uhr	**Netzwerk erwerbssuchender AkademikerInnen**	Raum 32
01. Juni	16.00 Uhr	**AG Berufseinstieg**	Raum 47
02. Juni	17.00 Uhr	**Arbeitslose in der GEW**	Raum 33
06. Juni	17.00 Uhr	**Netzwerk erwerbssuchender AkademikerInnen**	Raum 32
	18.00 Uhr	**FG sozialpäd. Aus-, Fort- und Weiterbildung**	Raum 34
07. Juni	16.00 Uhr	**AG Polen**	Raum 33
	19.00 Uhr	**AG Schwule Lehrer**	Raum 47
08. Juni	17.00 Uhr	**AG LehrerInnenbildung**	Raum 47
13. Juni	17.00 Uhr	**Netzwerk erwerbssuchender AkademikerInnen**	Raum 32

VERANSTALTUNGSHINWEISE

LANDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG (LDV)

Mit Neuwahl des Vorstandes der GEW BERLIN
am 25./ 26. Mai in der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege. Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin.

NACHWAHL FG KINDER, -JUGENDHILFE UND SOZIALARBEIT

Am 21.6.2005 um 19 Uhr
findet die Nachwahl des/der 1. Vorsitzenden und zwei weiterer Beisitzer der Fachgruppe im Raum 31 im GEW-Haus in der Ahornstraße statt.

VERANSTALTUNGEN DER SENIORINNEN

24. Mai: Gedenkstätte Stauffenbergstraße 13-15 , Führung „Der Warschauer Aufstand" um 10 Uhr
25. Mai: Krongut Bornstedt. Abfahrt: 9.45 Ostbahnhof/ Blumenstand
9. Juni: Fröhlicher Denksport mit Frau Dorbrand um 14 Uhr im Club Torstraße
9. Juni: Fahrt zum Potsdamer Pfingstberg und Schloss „Belvedere". Treffpunkt: 10 Uhr Potsdam-Hbf/Info-Stand DB
14. Juni: Jagdschloss Grunewald. Treffpunkt: 10 Uhr S-Bhf Hohenzollerndamm

BILD DES MONATS

FOTO: PETERS

GEW-Haus | Ahornstraße 5 (U-Bhf Nollendorfplatz) | Mo bis Fr 9-12 und 12.30 bis 16 Uhr | Mi bis 17 Uhr, Fr bis 15 Uhr
Tel. 21 99 93-0 | Fax. 21 99 93-50 | info@gew-berlin.de | www.gew-berlin.de
Persönliche Beratung in der Rechtsschutzstelle nur nach Vereinbarung: Tel. 21 99 93 45